

Weißenfels-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Mittlere Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM
mit Zutragen; einzelne Nummern 15 Pf.
Gemeinde-Verbands-Girokonto Nr. 3 :
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 408
Postcheckkonto Dresden 12548

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Kreishauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Pfeifzettel 20 Reichspfennige, Eingesandt und
Reklamen 50 Reichspfennige

Beratungsstellen: Weißfels. — Druck und Verlag: Carl Sehne in Dippoldiswalde.

Nr. 242

Donnerstag, am 16. Oktober 1930

96. Jahrgang

Auf Blatt 330 des bissigen Handelsregisters ist heute die Firma Arthur Reichel in Dippoldiswalde und als ihr Inhaber der Fabrikant Gottlob Arthur Reichel in Dippoldiswalde sowie weiter eingetragen worden, daß dem Buchhalter Ernst Paul Donath und dem Kaufmann Albin Gerhard Reichel, beide in Dippoldiswalde, Einzelprokura erteilt worden ist.
Angewebener Geschäftszweig: Herstellung und Verkauf von Stroh- und Filzhüten.

Nr. 230 S. Reg.

Amtsgericht Dippoldiswalde, am 15. Oktober 1930

Brennholzversteigerung. Staatsforstrevier Wendischgarsdorf Dienstag, 21. Oktober 1930, vormittags 11 Uhr, im Bahnhof zur Tafelperrre in Mailer. 1981 m. Stämme 1035 cm = 283,15 fm, 70 m. Höhe 739 cm = 5,05 fm; 50 m. Durchstangen Abt. 3 = 0,90 fm; 165 m. Rüststangen Abt. 508; 13,5 cm m. Rohrkoppe. **Dippoldiswalder Heide:** Rohrlaßtag Abt.: 25, 28, 53, Durchstörung Abt.: 26, 32, 42, Abt. 34. Einzelholz Abt.: 24, 25, 27 – 30, 33 – 39, 41 – 48, 50, 52, 60 – 69. **Rabenauer Teil:** Rohrlaßtag Abt.: 72, 102, Abt.: 73. **Höckendorfer Teil:** Rohrlaßtag Abt.: 118, Abt.: 130, Durchst.: 111. Einzelholz Abt. 131. **Ausschließend von 1 Uhr mittags an Brennholzversteigerung.** Etwa: 6 mm m. Brennholzseite, 155 cm m. Brennkoppe, 208 cm m. Brenndichte, 39 cm m. Stärke. **Dippoldiswalder Heide:** Abt. 25, 33, 34, 36 – 37, 63 – 66, 69. **Höckendorfer Teil:** Abt. 108, 111, 112, 114, 115, 117, 130, 131.

Gorstamt Wendischgarsdorf. Gorstasse Dresden.

Viertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Auf dem Schießstand der privilegierten Schützengesellschaft fand gestern ein Übungsschießen der Polizeibeamten des Bezirks (mit Ausnahme der Stadt Dippoldiswalde) statt.

— 10. Zwingerlotterie. In der am 11. und 13. Oktober 1930 stattgefundenenziehung wurden folgende Hauptgewinne gezogen: Die Prämie von 30 000 RM. fiel auf die Nr. 199 718 mit 1 Gewinn von 3 RM. 1. Hauptgewinn 20 000 RM. fiel auf die Nr. 105 185. 2. Hauptgewinn 10 000 RM. fiel auf die Nr. 87 595. 3. Hauptgewinn 5000 R. Mark fiel auf die Nr. 50 992. 5 Gewinne zu 1000 RM. fielen auf die Nr. 193 316, 278 701, 58 907, 234 848, 127 072. Alle Lose mit der Endnummer 5 wurden mit 1 RM. gezogen. Die Ziehungslisten erscheinen am 23. Oktober 1930. (Ohne Gewähr).

Schiffsdorf. In der Nähe des Drehlerschen Grundstücks scheute gestern nachmittag das Pferd des Fleischermeisters Haasensteiner vor einem entgegenkommenden Hanomag-Kraftwagen. Das noch junge Tier sprang über den Graben aufs Feld, blieb dann aber wieder stehen. Schaden an Material entstand nicht, wie auch Personen nicht verletzt wurden.

Hennersdorf. Die Unsicherheit auf dem Lande nimmt in bedrückender Weise zu. In der Nacht zum Mittwoch wurde hier auf zwei Stellen erneut eingebrochen. Bei Gutsbesitzer Heymann stiegen die Diebe durch ein nicht zugewinkeltes Fenster ein. Hier wurden ca. 10 RM. in bar, ein Paar Damenkleid, Stümpe, eine Aktenmappe und vier Stück Butter mitgenommen. Bei Wirtschaftsbetrieb Kurt Tröger stahlen sie auch 10 RM. Bargeld, aus dem Kasinokasten zwei Nähmaschinen und einige Lebensmittel. Ein bei Tröger in Quarier befindlicher Tafelarbeiter wurde mehr geschädigt. Ihm wurden das Fahrrad, Rucksack, eine blaue Mütze, eine Arbeitsbluse und Stümpe gestohlen. Letzterer ist erst nach 1 Uhr von der Arbeit gekommen. Dabei ist er sicherlich beobachtet worden, wo er den „gelegten“ Schlüssel weggenommen hat; denn die Gauner haben die Haustür auf- und dann zugeschlossen und den Schlüssel wieder an Ort und Stelle gelassen. Einem anderen Untermieter wurde ein auf den Namen Fischer lautender Einwohnerschein entwendet. Weiterhin wurde aus dem Wiegerraum der Weidegenossenschaft ein dem Weidearbeiter Jinke gehörendes Fahrrad gestohlen. Auf anderen Stellen wurden sie gestört, ehe sie in die Gebäude eindringen konnten. Ansänger scheinen es nicht gewesen zu sein; denn es ist mit eingesetzten Fingern gearbeitet worden. Dadurch ist es unmöglich, Fingerabdrücke zu nehmen. Vom Nachtwächter wurden die Täter mit den Rädern auf dem Weg nach Altmelsdorf oder Wahnschmühle gesehen. Daraus schließt man, daß sie über die Grenze sind. In den meisten Dörfern unserer Umgebung wird dem Gesindel die Arbeit erschwert dadurch, daß die Einwohner außer dem Nachtwächter Wachen stellen. Es ist zu hoffen, daß dies auch hier geschieht.

Dresden. Der „Freiheitskampf“ meldet: Zwei sächsische Gemeinden (Rennse und Bermsgrün) hatten sich kommunistische Bürgermeister gewählt. In einem Halle den Schlosser Neubert aus Chemnitz und im anderen Halle den Bauarbeiter Roscher aus Bodau. Die aufständigen Beschlusshörden hatten die Wahl dieser Personen beanstanden, weil sie sie nicht als geeignet zu einem Gemeindeleiter hielten. Die Gemeindelämmer ist in beiden Hallen den Entschließungen der Beschlusshörde beigegetreten.

Präsidentenwahl im Reichstag

Löbe siegt in der Stichwahl.

Berlin, 16. September.

Die Tribüne und der Sitzungssaal des Reichstages waren am Mittwoch ebenso dicht besetzt wie in der ersten Sitzung. Die Nationalsozialisten waren in „Zivil“ erschienen. Amtsgerichtspräsident Herold eröffnete die Sitzung, auf deren Tagesordnung als erster Punkt die

Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und des Schriftführers stand.

Abg. Dittmann (Soz.) schlug die Wiederwahl des bisherigen Reichstagspräsidenten Löbe vor.

Abg. Rippel (Christl.-Soz. Volksdienst) verlas unter Bärn und Gelächter der Rechten eine Erklärung, in der es heißt: Wir Abgeordnete des Christlich-Sozialen Volksdienstes sind mit einem großen Teil des Reichstages der Auffassung, daß das Ergebnis der Wahl vom 14. September eine Verschiebung der Machtverhältnisse nach rechts bedeutet und daß diese Tatsache bei der Zusammensetzung und dem Kurs der Regierung beachtet werden muß. Aber wir bedauern, daß die Zusammensetzung des Präsidiums, die nach vielseitiger Uebung nach der Stärke der Fraktionen getätigten worden ist, zu einer parteipolitischen Machtfrage gestempelt werden soll. Auch wenn die wettenschauliche und politische Einstellung des zur Wahl Vorgeschlagenen von uns abgelehnt wird, folgen wir doch dem Gesetz der Gerechtigkeit und Billigkeit.

Abg. Dauch (D. Bp.) schlug unter hört! hört! Rufen der Sozialdemokraten den Abg. Dr. Scholz (D. Bp.) als Reichstagspräsidenten vor.

Abg. Torgler (Komm.) erklärte, die Kommunisten würden als einzige antikapitalistische Partei in diesem Young-Reichstag den Kuhhandel der übrigen Parteien nicht mitmachen. Für diese Nationalsozialisten, die sich Arbeiterparteier nennen, sei es bezeichnend, daß sie Scholz, den Vertreter des Kapitals, zu ihrem Kandidaten machten. Der Redner schlägt den Abg. Pieck (Komm.) als Präsidenten vor.

Abg. Dr. Fricke (Nat.-Soz.) erklärte, die Wahlen hätten deutlich den Sieg der antimarxistischen Front ergeben und vor allem der Sozialdemokratie eine vernichtende Niederlage beigebracht. Die Nationalsozialisten würden für den Abg. Dr. Scholz stimmen, denn es würde dem bei den Wahlen befürworteten Volkswillen ins Gesicht schlagen, wenn zum Reichstagspräsidenten der Marxist und Kriegsdienstverweigerer Löbe gewählt würde. — Die Sozialdemokraten, die den Redner dauernd durch lärmende Zurufe unterbrachen, riefen bei seinen letzten Worten: Das magt der Stappenburg und Kriegsbrüderberger Fricke zu sagen!

Kampfabstimmung

Die Wahl des Präsidenten wurde dann durch Kamensatz und Stimmzettel-Abbgabe vorgenommen.

Es wurden insgesamt 556 Stimmen abgegeben, zwei Stimmen waren ungültig, dafür Abg. Löbe (Soz.) 266 Stimmen, für Dr. Scholz (DVP.) 179 Stimmen, für Abg. Pieck (Komm.) 66 Stimmen, für Abg. Graef (Dnat.) 41 Stimmen.

Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit von 278 Stimmen erreicht hatte, mußte Stichwahl zw. den Löbe und Dr. Scholz erfolgen.

Dresden. Am Mittwoch mittag verunglückte in einem Werk auf der Riesaer Straße die 58 Jahre alte Arbeiterin Emma Schuchwary. Sie war mit dem Puhua von Petroleumöfen beschäftigt. Ein solcher wurde von der Puhmaschine erschafft, wodurch die Arbeiterin einen Schlag erhielt und beide Unterarme brach. — Ein noch schwererer Betriebsunfall ereignete sich auf einem Neubau am Ring. Dort geriet der 53 Jahre alte Zimmermann Ulrich vermutlich zwischen die Rolle und das Drahtseil des Aufzuges. Dabei wurde ihm die rechte Hand völlig abgequetscht und die linke stark beschädigt. Der Zimmermann stand in einer Höhe von 35 Meter und hat dort wahrscheinlich den in Betrieb befindlichen Aufzug ölen wollen.

Dresden. Am 15. Okt. ist die rund 1500 Einwohner zählende Gemeinde Wachwitz nach hier einverlebt worden. Dies geschah durch eine Feier, in der ein Vertreter der Amtshauptmannschaft und der Dresdner Oberbürgermeister Dr. Blüher sprachen. Bemerkenswerterweise hatten zahlreiche Einwohner als Protest gegen die Einverleibung am 15. Oktober die Fahnen auf halbmast gesetzt.

Freiberg. Das Amtsgericht in Dresden beschäftigte sich am Montag mit dem Halle Parabitellich in

Im zweiten Wahlgang wurden dann für den bisherigen Reichstagspräsidenten Löbe 269 Stimmen abgegeben, während Dr. Scholz 209 Stimmen auf sich vereinigte. 77 Stimmen waren ungültig. Damit war Löbe gewählt.

Das Abstimmungsergebnis wurde von den Sozialdemokraten mit Händeklatschen, von den Nationalsozialisten mit Pfui-Rufen aufgenommen. Abg. Dr. Scholz (D. Bp.) ging auf den neu gewählten Präsidenten Löbe zu und gratulierte ihm.

Als Präsident Löbe seinen Präsidentenstuhl einnimmt, wiederholen die Sozialdemokraten ihre Beifallskundgebungen. Der nationalsozialistische Abg. Sträher ruft dem Präsidenten Löbe zu: „Verziehen Sie auf Ihre Begeiste!“ Als Präs. Löbe das Wort zu einer Ansprache nimmt, reibt Abg. Sträher weiter. In dem allgemeinen Lärm bleiben die ersten Sätze des Präsidenten unverständlich.

Vizepräsidenten: Stöhr, Eßer, Gräßl

Es folgt die Wahl des ersten Vizepräsidenten. Abg. Dr. Fricke (Nat.-Soz.) schlägt den nationalsozialistischen Abg. Stöhr vor, Abg. Dittmann (Soz.) den Zentrumsabg. Eßer und Abg. Torgler (Komm.) den kommunistischen Abg. Pieck.

Abgegeben wurden 534 Stimmen. Mit der absoluten Mehrheit von 288 Stimmen ist Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) zum ersten Vizepräsidenten gewählt. 171 Stimmen fielen auf den Abg. Eßer (Z.), 67 auf den Abg. Pieck. Ungültig waren 8 Stimmen.

Als zweiter Vizepräsident wird dann der Abg. Eßer (Z.) mit 427 Stimmen gewählt. 65 Stimmen fallen auf den Abg. Pieck (Komm.). 15 sind ungültig und zerstreut.

Bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten erhält der Abgeordnete Gräßl-Thüringen (Nat.) 227, Dr. Pfleiderer (Bav. Bp.) 176 Stimmen, Pieck (Komm.) 66 Stimmen, von Kardorff (DVP.) 21 Stimmen, 2 Stimmen waren zerstreut. Da die absolute Mehrheit nicht erreicht wurde, und Stichwahl zwischen den Abgeordneten Gräßl und Dr. Pfleiderer statt, wobei Gräßl mit 231 Stimmen zum 3. Vizepräsidenten gewählt wurde. Dr. Pfleiderer erhält 200 Stimmen, 67 kommunistische Stimmen zerstreut.

Die Wahl der 12 Schriftführer wurde in einem Wahlgang vorgenommen. Das Ergebnis soll in der Donnerstagabend bekanntgegeben werden.

Der sozialdemokratische Antrag, wonach die Diäten der Reichstagsabgeordneten sofort um 20 Prozent herabgesetzt werden sollen, und der auch eine Kürzung der Bezüge des Reichspräsidenten, der Minister und die Herabsetzung der Ministerpension auf 12 000 Mark festsetzen will, wurde zusammen mit ähnlichen Anträgen der Kommunisten, der Landvolkspartei und der Nationalsozialisten ohne Debatte dem Reichstagsrat und dem Haushaltsausschuß überreicht.

Gegen 8 Uhr verlagte sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Regierungserklärung und die von den Parteien zur Notverordnung und zu Innen- und Außenpolitik eingebrachten Anträge, außerdem der Amnestieantrag.

Freiberg, der in eine Unterschlagungsaffäre, die seinerzeit in Schleitau i. E. spielte, verwickelt war, und deswegen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Das Gericht erkannte auf Dienstentlassung. Parabitellich verlor alle Rechte als Geistlicher und den Titel Pfarrer.

Meißen. Das Meißner Tageblatt schreibt: In einer Krankenlaube der Meißner Umgebung ereignete sich folgender Vorfall: Ein Patient legt seinem Krankenhaus vor und bittet um Beschreibung auf einen anderen Arzt, da sein Arzt gestorben sei. Darauf meint der Beamte, das sei nicht möglich, die Überweisung könne nur durch den behandelnden Arzt erfolgen.

Pegau. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Einführung der Bürger- und Getränkesteuer abgelehnt. Da der Antrag der bürgerlichen Fraktion auf Wegfall der Aufwandentschädigung abgelehnt wurde, werden die Antragsteller die ihnen zugehörenden Gelder für städtische Zwecke verwenden.

Wetter für morgen:

Zeltweise auftreibende Winde aus südl. bis westl. Richtungen; vorübergehend verstärkte Bewölkung; Regung zur Nebelbildung. Nach milder Nacht tagüber mäßige Erwärmung. Keine nennenswerten Niederschläge.

Braun für Vertragsrevision . . .

Ohne Lastenerleichterung keine Beruhigung Europas

Paris, 16. Oktober

"Bolonté" veröffentlicht ein Interview ihres nach Deutschland entsandten Sonderberichters mit dem preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun. Dieser erklärte u. a.: Wenn man nicht die Finanzlage Deutschlands erleichtert, wenn man nicht die drückenden Budgetlasten, die das Ergebnis der ans Ausland zu leistenden Zahlungen sind, mildert, wird der Kampf gegen die Nationalsozialisten und gegen die Kommunisten keine dauerhaften Ergebnisse zeitigen können. Es ist klar, daß bei ausgehungernden, durch eine trost- und hoffnungslose Lage niedergeschlagenen Menschen die besten Vernunftgründe nichts ausrichten würden. Es handelt sich nicht darum, ob ein Teil des deutschen Volkes dem Frieden feindlich gesinnt und folglich für Europa gefährlich ist; notwendig dagegen ist, Deutschland Hilfe zu bringen, indem man die aus dem Vertrage sich ergebenden Lasten erleichtert. Auf diese Weise wird man die Mehrheit unseres Volkes davon hindern, zu den extremeren Parteien überzugehen, und die Gefahr, die sich daraus für den europäischen Frieden ergeben würde, vermeiden.

Staatssekretär Dr. Weismann erhob die Frage, ob es noch lange möglich sein würde, die Verträge zu erfüllen, selbst wenn Deutschland den ehrlichen Willen dazu hätte. Auch er sprach von den drückenden Lasten des Young-Planes und wies darauf hin, daß Deutschland bald seine volle Souveränität wieder erhalten und mit den anderen Nationen auf völlig gleichen Fuß gestellt werden müsse. So schwierig all diese Fragen auch sein möchten, so müßten sie doch mit Frankreich regeln lassen. Ernst sei eigentlich nur die Frage des Danziger Korridors; aber auch hier könnte Frankreich helfen, eine Lösung zu finden.

. . . Weincore dagegen

Paris, 16. Oktober.

Raymond Poincaré wendet sich in einem auch in einer überparteilichen Zeitung abgedruckten Artikel gegen etwaige Rückübersicht Deutschlands, sich durch die Beleidigung der Young-Plan-Bestimmungen Erleichterungen zu verschaffen. Deutschland müsse wissen, daß es seinen Kredit vernichtet, wenn es in Europa und Amerika den Eindruck erwecke, als würde es an eine ganze Reihe von Aenderungen in der Organisation des Staates. Außerdem könnten die wesentlichen Beschlüsse über die Anwendung des Young-Plans nur mit Zustimmung oder sogar nur auf die Initiative der Gläubigerstaaten getroffen werden. Sämtliche interessierten Regierungen würden hoffentlich einsehen, daß sie bis an die äußerste Grenze der Konzessionen gegangen seien. Deutschland habe von ihnen einen Vertrauensbeweis erhalten und dürfe sich dessen nicht unwürdig zeigen. Deutschland dürfe keine Ausschüsse machen und keine Kampagne gegen die Verträge führen. Es müsse vielmehr seinen Kreis konzentrieren und auf Agitation und Störung der Ordnung verzichten. Rötligenfalls müßten die Gläubigerstaaten Deutschland dies energisch klar machen.

Auf das umstrittene Ausland ist der Passus seines Aufsatzes abgestellt, daß Deutschland seit einigen Jahren gewaltige Aufwendungen für militärische Vorhaben et. cetera, öffentliche Arbeiten und Propaganda gemacht habe. Sonst wäre es in der Lage gewesen, den Young-Plan und heute auch den Young-Plan auszuführen. Poincaré wird wohl wissen, weshalb er mit solchen altheren Mützen operiert, die er selbst nicht glaubt.

Keine Erleichterungen in Südtirol

Deutsche Privatschulen bleiben verboten

Berlin, 16. Oktober

Zu dem in einem Teil der Presse veröffentlichten Meldepunkten über angebliche Wiedereinführung der deutschen Privatschulen in Südtirol wird dem Verein für das Deutschtum im Ausland von zuverlässigster Seite mitgeteilt, daß diese Nachrichten leider sich nicht bewähren. Das offizielle faschistische Parteiorgan "Il Brennero" (Trent) nennt die Meldepunkte absurd und sagt, daß die gegenüber Südtirol eingeschlagene Politik des Regimes kein Zurück gebe. Wohl gegen den häuslichen Deutsch-Unterricht werden immer noch behördliche Maßnahmen getroffen.

Hitler über die Berliner Vorfälle

London, 16. Oktober

Der Berliner "Times"-Korrespondent hatte ein Interview mit Adolf Hitler, in dem dieser die Verantwortung der Nationalsozialisten für die Massenreihungen am Montag ablehnte. Er erklärte weiter, wenn die gegenwärtige wirtschaftliche Lage fortwähre, werde Deutschland vor Ende des Winters wie ein Vulkanausbruch sein, das von einem einzigen Funken in die Luft gesprengt werden könne. Die Mittelparteien im Reichstag würden hoffnunglos gepalten sein, und die Welt würde zu wählen haben zwischen einem bolschewistischen und einem nationalsozialistischen Deutschland. Ein bolschewistisches Deutschland würde die Zahlung der Reparationschulden ebenso wie die Begleichung privater Verbindlichkeiten ablehnen.

Ein nationalsozialistisches Deutschland würde niemals Scheidsunterzeichnen, die es nicht lösen könne. Es werde die politischen Zahlungen nicht leisten, weil es sie nicht leisten könne, aber wie jeder ehrliche Kaufmann wäre es bereit, seine privaten Anteile beim Ausland zurückzuhalten und alle ihm aus solchen Anteilen erwachsenden Verpflichtungen zu erfüllen.

Finnlands Expräsident aufgefunden

Helsingfors, 16. Oktober

Der frühere Staatspräsident Prof. Stahlberg und seine Gattin, die spurlos verschwunden waren, sind in früher Morgenstunde in Joensuu im Oste Finnland aufgefunden worden; sie sind unverletzt. Die Vermutung, daß sie entführt worden sind, hat sich bestätigt. Die Entführer sind der Polizei angeblich bekannt, doch wurden Mitteilungen bisher nicht gemacht.

Bekannt wurde lediglich, daß der Chauffeur des Autos, mit dem Stahlberg entführt worden ist, festgenommen worden ist. Er heißt Jeanné. Über seine Personalen ist bis-

her weiter nur bekannt, daß er an dem finnischen Freibetriebskrieg teilgenommen hat.

Wie zu der Erfüllung des späteren finnischen Staatspräsidenten Stahlberg und seiner Frau berichtet wird, ist die Tat von 4 Lappo-Leuten verübt worden. Nach einem Bericht von Professor Stahlberg selbst wurden er und seine Frau mit vorgehalteten Revolvern gezwungen, in den Wagen einzusteigen, der sich sofort in rasender Fahrt nach der Grenze zu in Bewegung setzte. Erst in Jönköping, das nachts erreicht wurde, wurde Halt gemacht, um auf einen anderen Wagen zu warten, der vom Osten herkommen und ihn und seine Frau über die Grenze bringen sollte. Einer der vier Leute, der ausgesteigen war, um Auskunft zu halten, kam plötzlich wieder zurück mit dem Bescheid, daß die Polizei hinter ihm her sei. Darauf flüchteten alle vier, während Stahlberg und seine Frau von einer Polizeipatrouille gesund und nach Jönköping gebracht wurden.

Politische Folgen der Erfüllung Stahlbergs?

Kopenhagen, 16. Oktober. Wie aus Helsingfors gemeldet wird, sind nunmehr auch die übrigen drei an der Erfüllung Stahlbergs beteiligten Personen festgenommen worden. Weitere Verhaftungen werden erwartet. Während Stahlberg der festen Überzeugung Ausdruck gibt, daß es sich bei den Tätern um Lappoleute handele, erklärt das Parteibüro, daß die Lappobewegung mit der Erfüllungsgeschichte nichts zu tun habe. In Helsingfors rechnet man damit, daß die Angelegenheit politische Folgen haben wird. Der Rücktritt des Innenministers wird für sehr wahrscheinlich gehalten. Bereits jetzt wird sogar von der Möglichkeit eines Rücktritts des Gesamtministeriums gesprochen.

Helsingfors, 16. Oktober. Bei den vier im Zusammenhang mit der Verschleppung Stahlbergs Verhafteten handelt es sich nach polizeilicher Feststellung um Mitglieder des rechtsextremen Verbändes ehemaliger Frontkämpfer. Obgleich die Verhafteten nicht in direkten Beziehungen zur Lappobewegung stehen, wird darauf hingewiesen, daß durch solche Gewaltmaßnahmen auch die Lappobewegung geschädigt wird.

Vor der Regierungserklärung

Berlin, 16. Oktober.

Die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Reichstags entspricht den allgemeinen Erwartungen. Allerdings ist die Mehrheit Löbes größer, als man vielleicht angenommen hatte. Das wird in parlamentarischen Kreisen nicht zuletzt darauf zurückgeführt, daß auch in der Stichwahl nicht alle Deutschenationalen für Dr. Scholz eingetreten sind. Das stimmmungsmäßige Ergebnis dieser Wahlen ist eine starke Vergrößerung der Deutschen Volkspartei gegen die Deutschenationalen, die schon eingegangen, als diese im ersten Wahlgang für einen Angehörigen ihrer eigenen Fraktion stimmten. In Kreisen der Deutschen Volkspartei macht man daraus den Deutschenationalen den Vorwurf, den Eindruck einer großen Demonstration der gesamten Rechten vereitelt zu haben. Diese Stimmung fand ihren Niederschlag, als der Vizepräsident Graef gewählt wurde. Die Deutsche Volkspartei revanchierte sich, indem sie zunächst für Dr. von Kardorff und in der Stichwahl zum großen Teil für den Abgeordneten Pfleiderer eintrat, ohne daß diese Handlung freilich irgendwelche praktische Folgen hatte. Durch diese stimmmungsmäßige Entwicklung ist der Bruch der Deutschen Volkspartei mit dem Zentrum, der aus ihrem Kreis wegen des Eintritts des Zentrums für Löbe angekündigt wurde, verhindert worden, so daß die Haltung der Deutschenationalen dem Einvernehmen zwischen den Regierungsparteien zugute kommt. Das ist nach Ansicht parlamentarischer Kreise nicht ohne Bedeutung für die Abstimmung über die Misstrauensanträge, die, wie man übrigens gestern glaubte, nicht vor Dienstag stattfinden würde.

Anschluß des Bayrischen Bauernbundes an das Deutsche Landvolk

München, 16. Oktober.

Die Pressestelle des Bayrischen Bauern- und Mittelstandsverbands gibt bekannt, daß die Abgeordneten des Bayrischen Bauernbundes im Reichstage sich der Fraktion Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landwirtpartei) angeschlossen haben. Damit ist die Fraktion, der schon vorher die drei Abgeordneten des Württembergischen Bauern- und Weinärtnerbundes beigetreten sind, nunmehr mit 27 Abgeordneten die drittstärkste Fraktion der bürgerlichen Parteien im Reichstag.

Amerika unterstützt die brasilianische Regierung

Washington, 16. Oktober.

Staatssekretär Stimson hat bekanntgegeben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die brasilianische Bundesregierung voll und ganz unterstützen und amerikanischen Fabrikanten gestatten werde, Munition an die Bundesregierung, aber nicht an die Aufständischen zu verkaufen.

126000 Metallarbeiter im Streik

Berlin, 16. Oktober

Wie von gewerkschaftlicher Seite mitgeteilt wird, haben gemäß der vom Berliner Metallarbeiterverband ergangenen Streikparole am Mittwoch rund 126 000 von 140 000 Metallarbeitern und -arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Der Streik hat bis jetzt 276 Betriebe erfaßt. Die östlichen Metallarbeiter haben sich dem Streik angegeschlossen. Nach dem jetzt vorliegenden Gesamtergebnis der Urabstimmung haben sich rund 90 000 Belegschaftsmitglieder für und 15 800 gegen den Streik ausgesprochen. Arbeitnehmer über 60 Jahre und Altersbeschädigte wurden in den Betrieben belassen.

Von Seiten des Reichsarbeitsministeriums sind Schlichtungsverhandlungen eingeleitet worden, die vom Ministerialrat Meissner geführt werden sollen. Am Donnerstag wird der erste Bericht unternommen werden, die beiden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Von Arbeitnehmenseite wird erklärt, daß sie jeden Bericht, eine Lohnkürzung durchzuführen, mit allen Mitteln bekämpfen würde, während die Arbeitgeber auf ihrem Lohnabbauantrag bestehen bleiben, sich aber mit dem eraanernen Schieds-

gericht abfinden würden. Bei längerer Dauer des Streiks fürchtet man Rückwirkungen auch auf andere Industrien, vor allem auf die Elektro- und Bauindustrie. Dem Allgemeinen freien Angestelltenbund ist eine Entschließung gefaßt worden, in der den streikenden Metallarbeitern die Solidarität der Angestellten zum Ausdruck gebracht wird und den beiden Düsseldorfsvorstehenden Bollmachten gegeben worden sind, die Durchführung notwendig werdender Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Annahme des Metallarbeiterstreiks durch die Arbeitgeber.

Antrag auf Verbindlichkeitserklärung.

Berlin, 15. Oktober. Der Verband Berliner Metall-Industrieller sieht in einer Sitzung am Mittwoch nachmittags den Beschuß, den Metallarbeiterstreik anzunehmen und seine Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister zu beantragen.

Die Nationalsozialisten für den Streik

Die Gauleitung Groß-Berlin der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei veröffentlicht einen Aufruf, in dem der Metallarbeiterstreik als berechtigt und auf gesetzlicher Grundlage beruhend, erklärt wird. Der Kampf, so heißt es, geht um das tägliche Brot und gegen die Dawes- und Young-Politik. Daher möchten auch die Nationalsozialisten an diesem Streik teilnehmen. Wer Streikarbeit leiste, werde aus der NSDAP ausgeschlossen.

Die Stellungnahme der Arbeitgeber

In Kreisen der Berliner Metallindustriellen rechnet man nach der bisherigen Entwicklung der Streiklage damit, daß so ziemlich sämtliche Betriebe stillgelegt werden. In Kreisen der Arbeitgeber wird der Tarifstreit als eine grundsätzliche Frage aufgefaßt, bei der es darauf ankomme, daß die Industrie entsprechend den Grundsätzen des Regierungsprogramms auf eine Senkung der Preise hinarbeitete. Ihre Voraussetzung sei die Verminderung der Beschaffungskosten, also auch der Löhne. In diesem Zusammenhang hat sich die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auch eingehend mit dem Vorschlag der Gewerkschaften, auf Verkürzung der Arbeitszeit zu befassen, durch die die Wiedereinstellung von Arbeitskräften ermöglicht werden soll. Die Arbeitgeber sehen in dem Vorschlag kein geeignetes Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Sie sind vielmehr der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit nur vermehrt werde, da die Bewegungsfreiheit des Betriebes eingeengt und die Produktionskosten gesteigert würden. Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit sei nur durch Selbstkostensenkung möglich. Dazu gehöre die Senkung des Lohnes, gegebenenfalls durch Verlängerung der Arbeitszeit mit entgegengesetztem Stundenlohn.

Belästigung Arbeitswilliger

Berlin, 16. Oktober.

Vor dem Industriegebäude in der Lindauerstraße sammelten sich gestern nachmittag, nach einer Mitteilung der Polizei, gegen 250 Personen an, die bei Arbeitschluß die Arbeitsswilligen zu belästigen suchten. Da der wiederholten Aufforderung der Polizei auseinanderzugehen, nicht Folge geleistet wurde, muhten die Beamten unter Anwendung des Gummiträgers die Menge auseinanderzutreiben. In der Quinnschule wurden vier Arbeiter der Allgemeinen Transportgesellschaft, die mit dem Verladen von Motoren beschäftigt waren, von Streikenden belästigt, wobei einer von ihnen am Kopf verletzt wurde. Die streikenden Arbeiter hatten lärmisch angenommen, daß es sich bei den vier Arbeitern um solche einer bestreikten Firma handele.

Gehaltsenkung der leitenden Angestellten

Berlin, 16. Oktober.

Wie der Verband der Berliner Metallindustriellen mitteilt, empfiehlt die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller auf Grund eines gestern gefaßten einmütigen Beschlusses den Verbandsmitgliedern die Preis- und Unterkostenentlastung dadurch zu fördern, daß sie mit ihren Direktoren, Prokuristen und sonstigen leitenden Angestellten angemessen Verminderung ihrer gesamten Bezahlung vereinbaren.

War Deutschland 1914 gerüstet?

In der kleinen bretonischen Hafenstadt Quimper hat der französische Staatspräsident Doumergue bei einem Empfang durch den dortigen Gemeinderat am vergangenen Donnerstag u. a. gelöst: "Es ist gut, ich möchte nicht sagen fürchtlich, aber eine Art Respekt einzuschöpfen. Auf diese Weise werden Frieden und Sicherheit gewährleistet."

Nach diesem Rezept handelt Frankreich all die Jahre, handelt es auch jüngst wieder in Genf, wo man sich um die längst sprachlose Abrüstungskonferenz stritt und wo Frankreich es durch alle möglichen faulen Ausflüchte durchsetzte, daß eine Terminierung für die Einberufung dieser Konferenz unterblieb. Frankreichs Rüstungspolitik geht also darauf aus, mit seinen Riesenheeren und Flotten, mit seinen Festungsanlagen und seiner Waffentechnik Furcht zu erregen. Der Ausspruch Doumergues läßt gar keinen Zweifel daran, daß die maßgebenden Stellen der französischen Politik gar nicht an Abrüstung denken.

Mit dieser Methode geht Frankreich den Weg weiter, den es schon vor dem Kriege verfolgte und der dann in den Weltkrieg führte, auf den Frankreich militärisch und politisch mit allen Mitteln hingearbeitet hat. Gerade das Wort Doumergue von der Furcht einschüchtern Rüstung Frankreichs läßt es angebracht erscheinen, auf die Verhältnisse vor dem Kriege hinzuweisen. Soeben ist im Verlag Müller & Sohn, Berlin, in der Reihe der Gesamtpublicationen des Reichsarchivs: "Der Weltkrieg 1914-1918" eine neue Veröffentlichung erschienen betitelt: "Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft".

Ist die Beschuldigung, die gegen Deutschland und seine Vorkriegsdiplomatie in Versailles erhoben wurde, auf den Krieg seit Jahrzehnten bewußt und planmäßig hingearbeitet zu haben, durch die Nachkriegsforschung historisch widerlegt, so fällt diese Anklage in ihrer Beweiskraft hinsichtlich der militärischen Rüstung und wirtschaftlichen Vorbereitung jetzt ebenfalls in sich zusammen. Im einzelnen sei zu dem Kapitel über die

deutsche Rüstungspositik vor dem Kriege hervorgehoben, daß an die Heeresverstärkungen, wie sie der Generalstab angeht, der großen Koalition, die sich seit 1904 durch die Entente zwischen Frankreich, Russland und England gegen die Mittelmächte bildete, sowie angesichts der drohenden Kriegsgefahr während der beiden Balkankriegen 1905 und 1911 sowie der Balkankriege 1912 immer wieder forderte, seitens der verantwortlichen politischen Stellen, Reichsmarschall und Kriegsminister, nur sehr zaghaft und dann mit halben Maßnahmen herangegangen wurde, so daß sie stets hinter den Rüstungen der Gegner zurückblieben. Diese Politik rächtet sich noch insofern, als durch den Vorsprung jener Deutschland gezwungen wurde, 1911, 1912 und 1913 gleich mit drei Vorlagen an die Defensivkraft zu treten und damit durch die agitatorische Ausnutzung seitens der gesetzlichen Propaganda leicht als Störenfried hingestellt werden konnte. Ohne hier auf Einzelheiten dieses Weltkriegs eingehen zu können, genügt die Feststellung, daß am Vorabend des Weltkrieges 1.204 Millionen Mann Friedensstärke der deutschen und österreichisch-ungarischen Armee (Staten mußte infolge seiner Bindung an die Entente ausscheiden) 2.508 Millionen der Entente (einschließlich Serbien und Montenegro, ausschließlich Belgien) gegenüberstanden. Diese Stärken sollten sich auf Grund der in Angriff genommenen Rüstungsmöglichkeiten in den nächsten Jahren erhöhen auf rund 3.810 bzw. 2.900 Millionen Mann. Trotz dieser furchtbaren Überlegenheit konnten sich die verantwortlichen Stellen in Deutschland nicht zu einem Aufbau der Wehrmacht unter voller Unspannung der physischen und materiellen Verteidigungsfähigkeit des deutschen Volkes entschließen. Es klingt erschütternd, wenn man sieht, daß bei Kriegsausbruch der Gegner der Mittelmächte über eine zahlenmäßigige Überlegenheit von annähernd 3 Millionen Streitern verfügte, während allein in Deutschland über 5 Millionen im wehrpflichtigen Alter stehende Männer vorhanden waren, die feinerlei militärische Ausbildung genossen hatten.

Ahnlich verhielt sich die Lage auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Mobilisierung, d. h. der Sicherstellung der Verpflegung und Ernährung des Kriegsheeres und namentlich der Zivilbevölkerung. Auch hier waren es wieder die militärischen Stellen, Reichsmarineamt, Kriegsministerium und Generalstab, die die Initiative ergriffen. Erst als die außenpolitischen Ereignisse seit dem Jahre 1911 keine Hoffnung mehr bestehen ließen, daß England sich in einem kommenden Kriege neutral verhalten werde, vielmehr mit dessen Eintritt auf Seiten der Gegner Deutschlands gerechnet werden mußte, kamen die Verhandlungen zwischen den beteiligten Stellen in Gang. Aber erst Ende 1912 wurde in dem Reichsamt des Innern eine ständige Kommission gebildet, die sich der Lösung der Aufgabe widmen sollte. Ganz abgesehen von den schwerwiegenden staatsrechtlichen Verhältnissen, die die Lösung erschwerten, wurde sie noch weiter behindert dadurch, daß ohne die Zustimmung des für jede finanzielle Ausgabe verantwortlichen Reichskanslers Forderungen nicht durchzuführen waren und außerdem die Reichsleitung, nach den großen Mobilmöglichkeiten bedenken hatte, neue Summen für wirtschaftliche Mobilisierungsumfang anzuordnen. Es ist jedenfalls höchst bezeichnend, daß als einziges Gesetz, hinsichtlich der wirtschaftlichen Mobilisierung, das Gesetz betreffend statistische Aufnahmen des Vorrats von Getreide und Erzeugnissen der Getreidemühle vom 29. Mai 1914 gestand. Am 1. Juli 1914 fand die erste Erhebung statt; sie kam zu spät wie alle anderen Maßnahmen.

Ein vom Kriegsministerium gemachter Vorschlag, eine Verteilungsstelle für das im Lande vorhandene Getreide vorzubereiten, wurde von der ständigen Kommission nicht erörtert. Daselbe trifft zu für die Frage der Vorbereitung der Rüstungsindustrie auf den Krieg. Man entschloß sich erst kurz vor dem Kriegsausbruch, eine Erhebung darüber anzustellen, ob und in welcher Weise die private Industrie im Falle einer Mobilisierung die Wehrmacht mit Material versorgen könne. Sie kam ebenfalls zu spät, um noch wirksam zu werden.

Auch die Produktionsfragen der Landwirtschaft erforderten keinerlei fürsorgende Maßnahmen, um keinen Anlaß zu Wirkungen im Ausland zu geben. Die Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilisierung stieß also bei Ausbruch des Krieges noch in ihren ersten Anfängen. Die großen Probleme der Kriegswirtschaft waren zwar durchdrungen, die Durchführung einschneidender Maßnahmen jedoch nicht in Angriff genommen worden. Insbesondere fehlte es an Vorbereitungen personaler und organisatorischer Art, sowie an Maßnahmen zur Sicherstellung von Rohstoffvorräten selbst auf kurze Zeit.

So sind die erwähnten Veröffentlichungen ein neuer Beweis dafür, daß in Deutschland in den Jahren und Jahrzehnten vor dem Kriege an den verantwortlichen Stellen niemand an seinem Ausbruch dachte, geschweige denn ihn wollte, daß vielmehr dieser Ausbruch im August 1914 allen völlig unerwartet und überraschend kam.

Filmtalente gefucht . . .

Allerlei Schwindel, der Geld bringt — Wer will unter die Componen? — Der Schrei nach dem Manuscript.

Man pflegt sich an Sonntagen die Zeit zu nehmen, das Morgenblatt etwas intensiver zu studieren als in der Woche. Bei einer gemütlichen Tasse Kaffee und den unvermeidlichen Zigaretten vertieft man sich sogar in den Interessenten und findet zwischen darin zu lesen, was unser Interesse in Bann nimmt. In der Rubrik „Vermischtes“ stand ziemlich zu Anfang folgende Annonce zu lesen:

Filmtalente gefucht.
Wir machen Sie zum Star u. vermitteln Bombenagenten. Probeaufnahmen los. Friedrichstr. Nr. . .

Welche schöne Frau fühlt nicht schon immer den Drang in sich, ein Filmstern am Firmament des Films zu sein. Wo werden hunderte, Tausende dorthin pilgern, werden Schlange stehen, um von dem Gewaltigsten aller Gewaltigen persönlich unter die Lupe genommen zu werden. In Wirklichkeit kommt anders. In einer Küche, der Herd ist inzwischen herausgerissen, ist das Büro. Dort steht auch schon der Director, der gar nicht so grimmig ist, sondern außerst dezent und auffällig viel liebedienert. „Selbstverständlich gnad's Fräulein, Sie sind auffällig schön, Harvey“

— werden sofort eine Probeaufnahme von Ihnen machen — Gehn Sie bitte ins Atelier! Eine Stube, ganz mit weißer Leinwand ausgekleidet, ein paar Matur-Jupiterlampen, im Hintergrunde ein Aufnahmegerät, das alles verkörpert das Atelier. Dann kommt ein Mann im weißen Kittel, sagt, man solle ganz ungezwungen durch „Atelier“ laufen, während er dabei steht. Nach einer halben Minute ist die Probeaufnahme beendet, die man sich am nächsten Tage abholen kann. Die Probeaufnahme kostet 1 M., die allerdings sofort zu bezahlen ist. „Ja, aber Sie wollten mir doch ein Engagement mit Gage vermitteln? — „kommt auch noch, wir behalten Ihre Adresse hier, wenn was ist, bekommen Sie Bescheid!“

So hundert Dummie pro Tag finden, entspricht einer Rose von 100 R.

Es scheint überhaupt, daß man in Verbindung mit dem Film die besten Schwindscheide machen kann. Es springt immer etwas dabei heraus, weil die Dummen niemals klug werden und das Verlangen nach der Leinwand bei Vielem größer ist, als der Hunger auf ein Stück Brot.

Kam da ein Russe nach Berlin, der wollte einen Großfilm mit 20 Massenzenen drehen. Er hatte aber weder Rose für die Szenen, Geld für die Rose und so kam er auf eine felsame Idee. Er beauftragte einen Landsmann mit den Finanzgeschäften, der den Inserat vom Staatschef ließ:

Wer will unter die Componen?
Bermitteln gute Engagementsabschlüsse für unbeschäftigte Filmcomponen. Da Auslandstournee, börsenfrei. Vorstellen Dienstag bei . . .

Rum haben wir in Berlin gegenwärtig 6—7000 unbeschäftigte Filmcomponen, die selbst die kleinste Gelegenheit mit Handlung ergreifen. Es liegen sich also 1200 dort einschreiben, die jeder eine Permitterungsgebühr von 4 M. auf den Tisch des Hauses zahlt. Und nun kommt das ganz Seltsame, was jenen Russen zum Glück gereichte. Von diesen Componen verbandte er tatsächlich etwa 200. Die Rosenzonen wurden gebreit und die Componen erhielten pro Rose 20 M. Das war das Geld, was der Freund als Einschreibegebühr vereinnahmt hatte. Für die restlichen 100 M. wurde die Hauptdarstellerin bezahlt. Ob der Film endlich erschienen ist, ist unbekannt, es ist nicht einmal etwas über den Titel dieses Meisterwerkes bekannt geworden.

Gewisse Produktionswege in der Filmindustrie haben sich über einen Mangel an guten Manuskripten. Besonders Tonfilmmanuskripte sind sehr beliebt. Auf der ganzen Linie ist der Schrei nach guten Manuskripten laut geworden. Es gibt sogar Büros, literarische Institute, die in den Verlag guter Manuskripte zur Aufgabe gemacht haben. Und nun haben sich die Dramaturgen, die Novellisten, die Operettenschreiber, die Fabrikanten von Lustspielmanuskripten an ihren Tisch gestürzt, schreiben und schreiben Tag und Nacht Manuskripte, solche mit Pointen und solche ohne Pointen, welche mit Geist und solche vom Weingeschlecht. Mehrere hundert Filmmanuskripte gehen den einzelnen Produktionsfirmen täglich zu. Ein Manuskriptor sieht in einem besonderen Raum und prüft gewissenhaft jedes einzelne Manuskript und doch sendet er immer mit größtem Bedauern zurück, weil das Manuskript auf technische Schwierigkeiten stößt, weil dieses Motiv in letzter Zeit zu oft vorkommen ist oder weil das Manuskript nicht in den Rahmen der kommenden Spielerie paßt. Warum tut der Herr Manuskriptor so etwas? Weil er durch die Hochflut der Manuskripte soviel neue Anregungen bekommt, die er alle zu Papier bringt und der dramaturgischen Abteilung zur Bearbeitung weitergibt, daß die Gesellschaften sich ihr eigenes Manuskript zusammenbauen können.

Drucksochen aller Art liefert die Buchdruckerei von Carl Jähn.

Dertliches und Sächsisches.

Überdorf. In den späten Vormittagsstunden wurde hier von einem Beamten des Gendarmeriepostens Dippoldiswalde ein Mann aufgegriffen. Er ist von Geburt Russe (geboren in Astrachan), jetzt staatenlos und landeswohlwissen. Von einem Beamten der Kriminal-Abteilung Dresden ist er gestern zur Grenze gebracht worden, hat sich dort die Nacht umher getrieben und ist heute morgen wieder nach Sachsen zurückgewandert. Er wurde ins Umturzgefängnis Dippoldiswalde eingeliefert.

Bornsdorf. Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich z. a. wieder mit der Wasserangelegenheit. Die Amtshauptmannschaft als vorgesetzte Behörde hat entschieden, daß von der Bosphorus-Dampferverwaltung die alte Zustand wieder hergestellt ist. Gegen diesen Beschuß hat Bosphorus bei der Kreishauptmannschaft eingeklagen. Ob die Herstellung des alten Zustandes überhaupt möglich sein wird, wird stark bezweifelt, da der Wasserstand oberhalb der in einer Tiefe von 20 Meter in den Schacht eingetragene Befestigung und 150 Meter beträgt. Bevor nicht die Angelegenheit völlig geprägt ist, wird auch dem Erzähler der Bürger Verantwortung die Neubauarbeiten Kolonne an die Wasserleitung anzuschließen und dem vorliegenden Glück ausschließlich Betriebswasser zu liefern, nicht nachgegangen werden. Die Verbündeten sind daher abgebrochen worden. Der am schwierigsten betroffene Gemeinde Gunnendorf werden täglich 30 bis 40 Kubikmeter Wasser geliefert. Der vom Wasserwerk „Goldene Höhe“ neu errichtete Hochbehälter und der Einbau des Schaltwerthes in das Wasserwerk Bornsdorf verunsichern einen Hochwasseraufwand von 10.000 M³ 50 Pfg. Wie überall hatten auch die bietigen Kommunen durch ihre Fraktion den Antrag eingebracht: „Der Gemeinderat wird hiermit versichert: Steuererhebungen nach der Notverordnung nicht durchzuführen und Reichssatzung nicht zu erheben.“ Da ein großer Teil der sozialdemokratischen Fraktion für den Antrag stimmte, gelangte der selbe zur Annahme. Der Bürgermeister Thomas gab die Erklärung ab, daß er es ablehne, diesen Beschuß, weil ungerecht, auszuüben. Beschwerde könnte bei der vorgesetzten Behörde eingelegt werden.

Glossen. Wie schon in Nr. 236 dieses Blattes bemerkt, begann mit dem zweiten Abend dieses Winterhalbjahr-Lektranges der Wirtschaftsschule am Dienstagabend Direktor Opitz, Dresden, mit einem neuen Stoffgebiet. Zu diesem Abend hatte sich eine außerordentlich große Zahl Hörer, darunter auch Betriebsleiter, Lehrer und Gewerbelehrer eingefunden, um sich von dem Dozenten über Buchführung und Bilanzkunde unterrichten zu lassen. Der Vortragende, Lehrer Hermann Rehn, dem mit das Hauptverständnis gebührt, die Schule ins Leben gerufen zu haben, knüpfte an seine einleitenden Begrüßungsworte den Wunsch, daß die Hörer in



Leben, Lügen, Onkel, Tanten
sah man zu den Anderwanderern,
aber Freundschaft will unsketten
an die SALEM Zigaretten!

SALEM
Zigaretten vorzüglich!

In den Packungen der SALEM AUSLESE
Zigaretten finden Sie künstlerisch ausgeführte
Bilder der Flaggen Europas

Zukunft durch regelmäßigen Besuch die auf vier Halbjahre verfeilte planmäßige Bildungsarbeit gewährleisten möchten. Sodann konnte Direktor Opitz zunächst einmal mit der Erfahrung von Grundbegriffen der Buchführung beginnen und zwar der doppelten Buchführung, die zwar eine Plauschwendung ist, dafür aber eine gute Übersicht gestattet. Begriffe, wie Aktiva, Passiva, Konkurs, Bankrott, namentlich der Unterschied zwischen den beiden letzteren, wurden erklärt, ihr fremdsprachlicher Ursprung festgestellt usw. Anschließend wurde dann mit der praktischen Arbeit auf Probebogen, und zwar mit der Eröffnungsbilanz begonnen. So verlief denn der erste Abend anregend, so daß am nächsten Dienstag sicher wieder alle, auch die Herren aus Geising, Schleußig und Johnsbach da sind.

Dresden. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, die Regierung zu beauftragen, im Reichstag vorstellig zu werden und zu erwirken, daß das Reichsausschiffministerium in Anlehnung der politischen Gesichtspunkte des Falles Petschek, das Reichswirtschaftsministerium in Anlehnung des Mißbrauchs der wirtschaftlichen Machtposition Petscheks und das Reichsfinanzministerium vom steuerlichen Standpunkt aus sich eingehend mit dem Falles Petschek beschäftigen und entsprechende Gesetze vorlegen. — Die sozialdemokratische Landtagsfraktion beantragt, die Regierung zu ersuchen, durch Verordnung die Polizeibehörden und Kreishauptmannschaften anzuweisen, vor Weihnachten nur einen Sonntag zum Verkauf freizugeben, sowie in den Wochen vor Weihnachten eine Verlängerung der Verkaufsstunden über 7 Uhr abends nicht mehr zu genehmigen. In einem anderen sozialdemokratischen Antrage wird die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß entsprechend dem vom Reichsausschiff für Wahrung der Volkssrechte angenommenen sozialdemokratischen Antrage die zollfreie Wiedereinführung von Gefrierfleisch in der früher zugelassenen Menge von mindestens 50.000 Tonnen zugelassen wird. — Die Kommunisten beantragen, die Regierung zu beauftragen, schnellstens einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Beschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft, im Handel, Gewerbe und in der Industrie verboten ist, sowie sofort eine Verordnung zu erlassen, nach der bis zur Einführung des Gesetzes Kinder zu Arbeiten in der Landwirtschaft usw. nicht mehr vom Unterricht befreit werden dürfen. — Die Fraktion des sächsischen Landvolks hat einen Antrag eingebracht, für Landwirte 2 prozentige Darlehen zur Neuerstellung von abbruchnotwendigen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden zur Verfügung zu stellen, wenn die wirtschaftliche Existenz des Besitzers ohne die Maßnahmen geschedet sei.

Dresden. Das Ministerium des Innern bat auf Grund von § 28 des Polizeibeamtengesetzes genehmigt, daß die Dienstkleidung der Gemeindepolizeibeamten in Befolgsgruppe 15 c und höher, soweit es sich nicht um Verwaltungspolizeibeamte handelt, aus dem bei der staatlichen Polizei und Landgendarmerie eingeführten blaugrauenfarbigen Grundtuch hergestellt und ohne Rücksicht auf die Farbe des Grundtuchs statt mit dem bisher vorgeschriebenen dunkelblauen Besatztuch mit dem grünen Besatztuch versehen wird, wie es die Beamten der staatlichen Polizei und Landgendarmerie tragen. Die Dienstkleidung der Gemeindepolizeibeamten braucht sich von der staatlichen Polizei und Landgendarmerie nunmehr nur noch in folgendem zu unterscheiden: 1. Das Landeszeichen an der Polizeimütze der staatlichen Polizei und Landgendarmerie ist bei den Gemeindepolizeibeamten durch das Gemeindewappen oder durch die Gemeindefarben zu erscheinen. 2. Auf den Schulterbedeckungen ist der Name der Gemeinde aus gelbem Metall zu tragen. Dabei sind gemeinverständliche Abkürzungen — in besonderen Fällen auch einzelne Anfangsbuchstaben — zulässig. 3. Die Gemeindepolizeibeamten dürfen keine Lüder in den Kragenspiegeln und Pattren tragen.

Heidenau. Verschüttet wurde Dienstag im Ortsteil Gömmern ein Arbeiter. Derselbe führte eine Tiefbohrarbeit aus, als von nachtschlagende Sandmassen begruben. Es war sofort Hilfe da und der Verunglückte konnte bald aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Er hat anscheinend nur verschiedene Quetschungen erlitten, wurde aber zwecks genauer

Feststellung seiner Verlebungen ins Johanniterkrankenhaus gebracht.

Laas (Amtshauptmannschaft Olschütz). Von zwei verheerenden Bränden wurde am Montag nachmittag bzw. nachts die Ortschaft Laas heimgesucht. Alle beide Gebäude sollen auf Brandstiftung zurückzuführen sein. Das erste Schadeneuer brach nachmittags in der dem Gutsbesitzer Döllsch gehörenden Scheune aus, die bis auf die Grundmauern niedergebrannt ist. Sämtliche Erntevorräte fielen dem Feuer zum Opfer. Noch hatte sich die Ausregung über das so plötzlich ausgekommene Feuer nicht gelegt, da entzündete nachts von neuem Feueralarm. Diesmal stand das etwa 50 Meter lange Seitengebäude des dem Rittergut gehörenden Vorwerkes in Flammen. Auch dieses Gebäude wurde vollkommen eingedroht. Etwa 400 Zentner Heu fielen dem wütenden Element zum Opfer. Als vermutlicher Brandstifter wurde ein auf dem Rittergut beschäftigter Unterschweißer verhaftet, der aber wieder auf freien Fuß gesetzt werden musste, da ihm die Tat nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte.

Toncha. Hier wurden vier Personen als Diebe ermittelt, die mit unglaublicher Frechheit vorgegangen waren. Aus einem auf dem hiesigen Güterbahnhof stehenden Waggon stahlen sie am helllichten Tag nicht weniger als 15 Zentner Roggen. Für schnellen Absatz wurde auch gesorgt. Mit einem Trecker-Loszug ging es sofort zu den "Kunden" nach Leipzig, wo die Ware abgefertigt wurde. Die Diebe wurden dem Amtsgericht gefangen gebracht.

Waldheim. Infolge Funkenfluges aus einer Lokomotive eines vorbeifahrenden Zuges entstand beim Gutsbesitzer Dörner im Nachbardorf Aschershain beim Ausdreschen von Getreide auf dem Felde in einem Strohhaufen Feuer. Auch die noch nicht ausgedroschenen Weizenfälme wurden infolge des herrschenden Windes von den Flammen mitsgriffen. Über 200 Zentner Getreide und über 400 Zentner Stroh sowie die Dreschmaschinenanlage verbrannten.

Bernsdorf i. E. Aus unbekannter Ursache scheuteten am Dienstag früh die Pferde des Gutsbesitzers Winter, die vor einen schwer beladenen Kartoffelwagen gespannt waren, und gingen durch. Bei dieser Gelegenheit stürzte der Dienstmädchen Rudolf Hebel von dem Wagen. Die Räder gingen über den Unglücklichen hinweg und verletzten ihn so schwer, daß der Tod alsbald eintrat.

Lugau. Bei der letzten Elternratswahl hatte die Linke unter Führung des früheren Lehrers, jetzigen Stadtrats Hoffmann nach eigenem Gutdünken und Ermessens die Liste der "christlichen Elternschaft" gestrichen und nicht zur Wahl zugelassen. Die Folge davon war, daß alle 15 Sitze des Elternrats von Mitgliedern der Linken eingenommen wurden. Auf die Beschwerde des christlichen Elternvereins hob das Bezirkschulamt zu Stollberg die erste Wahl auf und ordnete Neuwahl an, die jetzt mit dem Erfolg durchgeführt wurde, daß nun zwei Kommunisten, sechs Sozialdemokraten und neun Herren der christlichen Liste den rechtmäßigen Elternrat bilden.

Hohenstein-Ernstthal. Am Dienstagabend tagte das Stadtverordnetenkollegium. An der Sitzung konnte — nach mehrwöchigem Krankenlager — wieder der nationalsozialistische Stadtverordnete Michaelis teilnehmen. Michaelis war am 26. Juli von auswärtigen Kommunisten, die das Gewerbehaus gestürmt hatten, schwer verletzt worden; u. a. verlor er das rechte Auge. Vorsteher Mischlerling begrüßte den genehmten Stadtverordneten und betonte: "Zorn und Bitternis würgen in der Kehle, wenn man bedenkt, daß es Menschen des eigenen Stammes waren, die den Stadtverordneten Michaelis gefährlich schwer schädigten. Bei seinem Anblick wird man jedesmal an jene rohe Horde erinnert, die den Überfall auf friedfertige Menschen verübt hat." — Der Kommunist Oehler machte den Zwischenruf: "Das war die Rache für die ermordeten Arbeiter". — Vorsteher Mischlerling: "Ich halte es für geschmacklos, mich zu unterbrechen. Rache für die ermordeten Arbeiter? Wann sind jemals in Hohenstein-Ernstthal Arbeiter und gar von Stadtverordneten Michaelis ermordet worden?"

Hohenstein-E. Ein eigenartiger Unfall ereignete sich auf dem Mittelbacher Berg. Eine von der Weide kommende Kuh lief einem Motorradfahrer in die Maschine. Der Fahrer und sein Sozius wurde vom Rad geschleudert und mußten schwer verletzt aufgehoben werden. Die Kuh mußte abgeschlachtet werden.

Zwickau. Nachdem die Getränkesteuer bereits im Stadtrat zu Fall gekommen ist, lehnen jetzt die Stadtverordneten auch die Bürgersteuer mit großer Mehrheit ab. Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten geschlossen dagegen, von den Mittelfraktionen nur sieben einzelne Vertreter dafür. Die Bürgersteuer sollte in Zwickau 200 000 RM. erbringen. Wahrscheinlich wird der Rat das Einigungsvorfahren betreiben. Angenommen wurden Proteste von rechts und links gegen die Steuernotverordnungen der Regierungen im Reich und in Sachsen.

Zwickau. Auch in diesem Winter wird die Stadtgemeinde durch das Wohlfahrtsamt sozial- und Kleintenrenter sowie sonstige vom Wohlfahrtsamt betreute Unterstützungsempfänger Beihilfen zur Beschaffung der Winterkohlen gewähren. 6000 Karren solcher verbilligten Kohlen sollen abgegeben werden. Die hierfür von der Stadt aufzuwendenden Kosten betragen rund 41 000 M.

Zwickau, 15. Oktober. In letzter Zeit wurden hier in drei verschiedenen Geschäften Einbrüche verübt und hauptsächlich Zigaretten in größerer Menge gestohlen. Sonntagnacht erfolgte der vierte derartige Einbruch, diesmal in ein Zigarettengeschäft an der Hauptstraße. Hier fielen den Tätern 12 600 Zigaretten und 7400 Zigaretten in die Hände. In derselben Nacht erbeuteten Einbrecher in einer Villa in der Nordvorstadt Kleidungsstücke, Bargeld und Denkmünzen.

Zwickau. Die Vergoldade des Wilhelmstädchens, die vor einiger Zeit bereits wochenlang die Reinsdorfer Straße sperrte, ist, nachdem die Schlackenmassen mittels Baggern entfernt worden waren, neuerdings wieder auf die Straße hereingebrochen. Die Massen sperren in einer Länge von 20 Metern und einer Breite von etwa 2 Metern die Fahrbahn, so daß die Straße zur Sicherung des Verkehrs erneut gesperrt werden mußte.

Die SPD gegen Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches.

Berlin, 16. Oktober. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird, wie der "Vorwärts" meldet, den Reichsminister auffordern, den Schiedsspruch vom 10. Oktober für die Berliner Metallindustrie nicht für verbindlich zu erklären.

Die Arbeitsplicht in Rußland.

Kowno, 16. Oktober. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Volkskommissariat für Arbeit angeordnet, daß nach der Abschaffung der Erwerbslosenunterstützung in der Sowjetunion alle eingetragenen Arbeitslosen in Russland sofort in die Betriebe eingestellt werden müssen. Weiter hat sich das Volkskommissariat für Arbeit für eine weitere Bindung der Arbeiter an die Fabriken ausgesprochen und in Erwähnung gezogen, den Arbeitern bis zur Durchführung des 5-Jahresplanes das Kündigungsrecht zu entziehen.

Der Führer der Kommunisten im Donezgebiet, Borodin, wurde aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil er die sofortige Wiedereinführung der Erwerbslosenunterstützung in der Sowjetunion verlangt hat.

Nieuwe Berichten van de Russische Oorlogsschauplätze.

London, 15. Oktober. Die brasilianischen Aufständischen berichten über einen Sieg an der Grenze zwischen São Paulo und Paraná. Die Regierungstruppen hätten viel Kriegsmaterial und zahlreiche Gefangene verloren. Die Rio-Regierung meldet dagegen die Eroberung von Uberaba, einem wichtigen Eisenbahnknopf im Staate Minas Gerais. Zahlreiche Italiener sollen den Aufständischen helfen und eine Garibaldi-Legion gebildet haben.

Die Aufstände in Brasilien. — Die Reserve rückt zur Front.

New York, 16. Oktober. Nach Meldungen aus Rio de Janeiro sind die ersten Reserveverbände unter dem Jubel der Bevölkerung zur Front abmarschiert. Die Truppen der Aufständischen im Kampfabschnitt von Minas Gerais sollen angeblich völlig erschöpft und kampfesmüde sein. Einige gefangene trugen getrocknete Uniformen und berichteten über Nahrungsangebot der Aufständischen. Der Versuch der Aufständischen, in den besetzten Gebieten aufzuneh-

men, soll gescheitert sein. — Die Neuportser Börse beurteilt die Lage für die Rio-Regierung günstiger. Brasilianische Anleihen waren stark erholt.

Eckener Vorsitzender der Aero-Artic.

Friedrichshafen, 15. Oktober. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat die Aero-Artic Dr. Eckener gebeten, den Vorstand in der Gesellschaft zu übernehmen, nachdem der Präsidentenposten durch den Tod Mansens freigeworden ist. Dr. Eckener hat sich dazu bereit erklärt. — Die Pläne über die Nordpolarexpedition des "Graf Zeppelin" liegen bis jetzt noch nicht vor, da die Verhältnisse zwar genau untersucht und geklärt werden müssen.

Geschäftliches.

Es kostet Sie nur 5 Pfennig, wenn Sie diese Notiz ausschneiden und als Druckseite mit Ihrer Adresse versenden, an die Fabriken von Dr. Thomsons Seifenpulver in Düsseldorf einpendeln. Sie erhalten alsdann ohne irgendwelche Kosten die interessante Broschüre "Allerhand Waschheimnis", die Ihnen manchen Nutzen für die Behandlung und Pflege Ihrer Wäsche, auf deren Herstellung auch Sie sicherlich großen Wert legen, geben wird. Die Broschüre wird Ihnen Freude machen. Sie werden uns darüber dankbar sein. Also bitte, sofort ausschneiden, im Briefumschlag mit 5-Pfennig-Marke frankieren, an die Fabriken von Dr. Thomsons Seifenpulver G. m. b. H. in Düsseldorf einpendeln.

Der Sächs. Landesmühlbauschub bietet für das kommende Weihnachtsfest ein Kartenspiel "Dürer Peter" an, das in der Art der Schwarzen-Peter-Spiele hergestellt ist. Das anregende Spiel erscheint geeignet, für den erhöhten Verbrauch von Milch und Milcherzeugnissen zu werben. Das Spiel wird — um eine möglichst weitgehende Verbreitung in allen Kreisen der Bevölkerung zu ermöglichen — vom Sächs. Landesmühlbauschub trotz bedeutender höherer Herstellungskosten zum Preise von 10 Pf. je Stück ab Dresden zugänglich Porto- und Verlandspeisen abgegeben.

Handel und Börse

Dresden Börse vom 15. Oktober. Auf kleinere Käufe der Privatkundschaft schrift die Spekulation auf allen Marktgebieten zu. Deduzungen, die mehrprozentige Gewinne nach sich zogen. Die größten Steigerungen hatten Reichenbantanteile mit 7,5 und Dittersdorfer Zisa mit 7 Prozent. Radeberger Export gewannen 4, Riga 3, Schubert & Salzer 6, Danat-Bant und Bergmann je 2,5 Prozent. Deutsche Auto verloren 7,25, Wunderer 7,75, Zittauer Maschinen und Lingner je 2 Prozent. Von Anlagenwerten verloren die Spag. Rieser von 10,25 2,5, die Spag. Zwicker 4,15 Prozent.

Räucherflundern

heute frisch bei
Oskar Krebschmar
Kartoffeln
und Apfel
verkauft Zilcher, Tempelweg

Eine guterhaltene
Bettstelle und Federboden
und Auflage und ein Kleider-
schrank zu verkaufen
Hospitalstraße 152

Runkelrüben
angeboten im Tausch gegen Hen
Stiftsgut Rippchen

Bahnhotel Tellkoppe

Morgen Freitag, 1/4 Uhr abends

Lichtspiele

Reichhaltiges Programm — Eintritt 75 Pf. — Erwerbslose 55 Pf.

Achtung

Sonntag, 19. und Montag, 20. Oktober
großer

Kirmesrummel

Lanzbändchen 1 M. // ff. Kirmeskuchen
Es laden ergebnest ein Max Schild und Frau

Herren- und Damen-Schneiders-Zwangssinnung

Dippoldiswalde u. Umg.

Montag, 20. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof zum "goldnen Stern" Dippoldiswalde

Veranstaltung

Jagdpacht

für Abt. B wird Sonntag, den 19. d. M., vormittags von 10 bis

12 Uhr, in der Polizeiwache ausgezahlt.

Dippoldiswalde, am 15. Oktober 1930. Der Jagdvorsteher.

Miet-Auto

km 25 Pf., prohe Strecken 20 Pf. Ansatz Dippoldiswalde kosten. **Nähmaschinen**, nur erste Weltbekannte los. Preise, 10 Mark Monatsrate. Interessenten erhalten kosten-lose Fahrt zur Besichtigung.

Conrad Hamann, Paulsdorf.

Kraftfahrzeuge und Reparatur. Tel. 298

...und ich glaube,
es ist tatsächlich
das Beste für die Wäsche:

Dr. Thompson's
Seifenpulver
Marken-Schwarz

Zum Bleichen und Klarspülen der Wäsche Seifiz. Paket 15 Pf.

Bauerntag

Sonnabend, den 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr,
im "Bahnhof" Dippoldiswalde

Vortrag des Herrn Gutsbesitzer Hänischel-Leubsdorf

über: „Die Milchumlage“

Landbund Dippoldiswalde

Gasthof Berreuth

Morgen Freitag

Schlachtfest

wozu freundlich einladen

Bruno Peschel und Frau

Kurt Schurig

Baumwulen Seifen, Bahnhofstation Malter

empfiehlt zur Pflanzzeit seine eigenen großen Feldanlagen an Obstbäumen aller Art, Kirschen-Wildblümchen, hellblättrig, dorz. und kroftzel, Vor-rot 5000 Stück, Beerenobst, Alleeblümme, Ziergehölze, Rosen, Koniferen, Hecken-pflanzen und Stauden. Eine Preisberühung können Sie sich Ihr Pflanzenmaterial bei mir auslösen und es sich auch bis zum Frühjahr referieren lassen. Mein in 370 m ü. M. auf tiefliegendem Lehmboden gezogenes Pflanzenmaterial zeigt einen besonders kräftigen und gesunden Wuchs, und ist dieser Beweisung die denkbar beste, was ein sicherer Anwachsen in jeder Lage verbürgt.

Drudischen

Buchdruckerei Carl Jähne

Am Dienstag abend verschließt sanft unser lieber

Vater, Schwieger- und Großvater, Herr

Friedrich Köhler

im 79. Lebensjahr

Dies zeigt lieblich an

Familie C. Gräfle

Dippoldiswalde, den 15. Oktober 1930

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 18. d. M.,

nachmittags 14 Uhr, von der Halle aus statt

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Jg. 242

Donnerstag, am 16. Oktober 1930

96. Jahrgang

Kurze Notizen

Der Reichstag wählte am Mittwoch im zweiten Wahlgang den sozialdemokratischen Abgeordneten Löbe zum Reichstagspräsidenten mit 269 gegen 209 Stimmen. Die volksparteiliche Führer Dr. Scholz auf sich vereinigte.

In der Fraktionssitzung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion am Mittwoch wurde Dr. Oberfohran durch Aufzuwieder zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt. In gleicher Weise wurden auch die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Berndt und Dr. Koch wieder gewählt.

Die Reichsgruppe blinder Jugend in der Deutschen Staatspartei veröffentlicht eine Mitteilung, daß sie nicht die Absicht habe, einer umgetauften demokratischen Partei als Fassade zu dienen und daher geschlossen aus ihr austrete.

Wie die Vereinigung der Verbände sächsischer Metallindustrieller mitteilt, sind die Mantelstafiverhandlungen in der sächsischen Metallindustrie bis Ende Oktober vertagt worden.

Die Regierung in Bombay erklärte, 38 zum Allindischen Kongreß gehörende oder mit ihm verbündete Organisationen und Verbände für ungeeignet. Der Führer der Swarajisten und Vorsitzende der Jugendliga von Bombay, Nariman, ist verhaftet worden. Die meisten Verhafteten sind zu drei oder vier Monaten schweren Kerker verurteilt worden.

Reich und Preußen

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird sich noch im Laufe dieser Woche entscheiden, ob die Regierungen in Reich und Preußen auf parlamentarischer Grundlage weiterregieren können und wollen oder nicht. Es könnte kein Zweifel darüber bestehen, daß der Ausfall der Wahl vom 14. September 1930 sich in irgendeiner Form auf die Regierungsbildung auswirken muß. Mehrfach und von den verschiedensten Seiten ist festgestellt worden, daß das Wahlergebnis eine neue politische Willensbildung des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht hat, die weder im Reich noch in Preußen die bisherigen koalitionsähnlichen Bindungen anerkennt. Wenn wir normale inner- und wirtschaftspolitische Verhältnisse hätten, könnte kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß mindestens die Regierung im Reich aus den Wahlen die Konsequenzen gezogen hätte. Da wir aber zurzeit eine außerordentliche Wirtschaftsdepression und eine zunehmende Notlage auf allen Wirtschaftsgebieten, also einen Notstand zu verzeichnen haben, hat der Reichspräsident es im Interesse von Staat und Volk für notwendig gehalten, daß die Reichsregierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung das von ihr aufgestellte Programm zur Sanierung von Reichsfinanzen und Wirtschaft durchführt. Dabei ist sich der Reichspräsident ebenso wie der Reichskanzler darüber klar, daß die Regierung Brüning eine parlamentarische Mehrheit kaum hinter sich bringen wird.

Bereitschaftlich hat man versucht, die Präsidentenwahl im Reichstag gewissermaßen als Prüfstein für Möglichkeiten von Mehrheitsbildungen im neuen Reichstag zu bezeichnen. Die Parteien, die sich für eine bürgerliche Sammlungsbildung Scholz ausgesprochen haben, haben damit aber nicht die Frage einer Koalitionsneubildung aufzuwerfen, sondern lediglich feststellen wollen, inwieweit die Reichstagsfraktionen gewillt sind, jener politischen Tendenz Rechnung zu tragen, die sich aus dem Wahlergebnis unzweifelhaft ergibt. Über eines wird vielfach in politischen Kreisen einfach zur Tagesordnung übergegangen, nämlich über die bewußt oder unbewußt in der Mehrheit des deutschen Volkes bestehende Auffassung, daß die Regierungs- und Wirtschaftsmethoden nach der Revolution nicht einen Aufstieg, sondern einen Abstieg von Wirtschaft und Politik gebracht haben. Dabei bleibt es zunächst unerheblich, ob diese Einstellung falsch oder richtig ist. Es ist aber erklärlich, daß jeder einzelne, der die wirtschaftliche Depression am eigenen Leibe verpißt, nach den Gründen sucht und sie im System zu finden glaubt.

Das starke Umdenken der nationalsozialistischen Bewegung erklärt sich ohne weiteres aus solchen Erwägungen, da man in weitesten Kreisen des Bürgertums hofft, nachdem alle bisherigen partei- und koalitions-politischen Experimente versagt haben, von dieser neuen Bewegung mit schlagwortartig aufgestellten Zielen eine Wendung dieser Verhältnisse erwarten zu können. Jede Partei und jede Interessengruppe, die sich für einen nationalen Aufbau von Staat und Wirtschaft einsetzt, kann diese Bewegung nicht mit dem Rechentisch abtun wollen.

Der Reichstag wird sich noch in dieser Woche mit dem Regierungsprogramm beschäftigen. Die Fraktionen hatten bereits Gelegenheit, grundätzlich hierzu Stellung zu nehmen. Es hat sich dabei insoweit auch schon eine Klarung ergeben, als der Reichspräsident alle an ihn herangetragenen Rücktrittsforderungen für einzelne Parteiminister abgelehnt und erklärt hat, daß zunächst einmal praktische Arbeit geleistet werden muß, wenn nicht mit, dann ohn Parlament. Der Reichstag kann und wird seine Autorität durch das Mittel der Vertrauens- bzw. Misstrauensanträge zu wahren versuchen. Nach Lage der Dinge liegt die letzte Entscheidung trocken vorerst beim Reichspräsidenten.

Parallel zu der Entwicklung im Reich läuft eine Bewegung, die sich gegen die preußische Regierung und gegen die Preußen-Koalition richtet. Am Donnerstag soll im Preußenparlament die Abstimmung über den kommunistischen Misstrauensantrag erfolgen. Bei den Stärkeverhältnissen in Preußen ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht damit zu rechnen, daß durch diese Abstimmung der Sturz der Regierung herbeigeführt werden wird. Auch ein Antrag auf Auflösung des Landtages würde kaum einen

dahingehenden Erfolg haben. Von nationalsozialistischer Seite ist daher schon vor einigen Wochen angekündigt worden, daß durch ein Volksbegehren geklärt werden soll, ob die Mehrheit des preußischen Volkes mit den bisherigen Regierungs- und Koalitionsverhältnissen in Preußen einverstanden ist oder nicht. Der Stahlhelm hat in diesen Tagen erklärt, daß er alle Vorbereitungen für ein solches Volksbegehren getroffen habe. Man wird sich also in preußischen Regierungskreisen darüber kaum einer Täuschung hingeben können, daß ein solches Volksbegehren kaum eine Bestätigung der jetzigen Koalitionsverhältnisse bringen würde. Es steht jedenfalls ganz danach aus, als ob die Entwicklung der Verhältnisse in Reich und Preußen auf jene Weise hinrichtet, die in Deutschland gewissermaßen schon traditionell geworden ist. Da eher sich die Parteien, die es angeht, realpolitisch auf die veränderten Verhältnisse einzustellen, um so weniger groß wird die Enttäuschung sein, wenn das Volk aufgerufen wird, sich über die Frage Reich und Preußen zu entscheiden.

Großkämpfe im preußischen Landtag.

Die Regierung in der Verteidigung.

Berlin, 16. Oktober

Der preußische Landtag beriet am Mittwoch die Anträge der Kommunisten und der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Landtags, sowie die kommunistischen Anträge, die die Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten und die Einstellung der Young-Zahlung verlangen und die Deutschnationalen, nationalsozialistischen und kommunistischen Anträge wegen der partei-politischen Bestätigung der Beamten. Mit der Beratung verbunden wurde auch ein von den Demokraten wegen der Ausschreitungen in der Berliner Innenstadt anlässlich der Reichstagseröffnung eingebrachte Antrag.

Besprechung der Anschlußfrage

zwischen Flandrin und Seipel.

Wien, 16. Oktober

Das "Neue Wiener Journal" beschäftigt sich mit der Meldung eines reichsdeutschen Blattes über die Unterredungen Dr. Seipels mit dem französischen Handelsminister Flandrin, wobei dieser angeblich versucht haben soll, die

Wiener Regierung für die Angliederung Österreichs an einen mitteleuropäischen, antideutschen Wirtschaftsblokk zu gewinnen.

Das Blatt erfährt hierzu von möglicher Stelle, daß diese Vermutung ganz unbegründet sei. Handelsminister Flandrin habe bei seiner Inspektion des französischen Konsulats in Wien lediglich dem Außenminister und dem Handelsminister Besuch abgestattet.

Demgegenüber erklärte Handelsminister Flandrin vor seiner Abreise aus Budapest nach Belgrad dem dortigen Vertreter des "Neuen Wiener Journals" zu dieser Angelegenheit: Ich habe mit Außenminister Seipel und den anderen Mitgliedern des Kabinetts anlässlich meiner Anwesenheit in Wien sehr eingehende Verhandlungen gepflogen. Aber es ist mir nicht im Traum eingefallen, die österreichische Regierung dafür gewinnen zu wollen, einem zugehörigen Deutschland gerichteten Wirtschaftsblokk beizutreten. Diese Gedanken sind ebenso unfinnig wie unzutreffend.

Hearst über Frankreichs Politik

Newport, 16. Oktober

Nach einer Meldung der Associated Press aus Los Angeles erklärte W. Randolph Hearst in einer Rede über seine Ausweisung aus Frankreich: Aus zwei Gründen hege Frankreich eine Abneigung gegen Amerika. Es habe nämlich den Krieg nur mit amerikanischer Hilfe zu gewinnen vermocht, und es wolle die Schulden, die es bei Amerika habe, nicht zurückzahlen. Frankreich verachte außerdem Russland und habe einen Widerwillen gegen Italien, Deutschland, Österreich und Ungarn, während es Europa unter dem eisernen Druck seiner Kriegsmaschine halte.

Sozialistenverfolgungen in Polen

Sie sollen einen Anschlag auf Piłsudski geplant haben.

Warschau, 16. Oktober

Im Zusammenhang mit Nachrichten über die angebliche Aufdeckung eines sozialdemokratischen Attentatsplanes gegen den Marschall Piłsudski kam es in verschiedenen Orten Polens zu Kundgebungen für Piłsudski und gegen die Sozialisten. In Czestochowa wurde dabei das sozialistische Parteitol verwest. Zahlreiche sozialistische Abgeordnete des bisherigen Parlaments und andere Funktionäre dieser Partei werden verhaftet.

Ein Aufruf des sozialistischen Parteivorstandes, der die Legalität der sozialistischen Politik betont, und in Robotnik veröffentlicht werden sollte, wurde von der Zensur unterdrückt. In dem Aufruf wurde außerdem der angebliche Attentatsplan in Zusammenhang mit der Tätigkeit bezahlter Provokateure gebracht.

Bon gestern bis heute

Die Neuregelung der Krisenfürsorge.

Die veröffentlichte Meldung über die neuen Vorschriften des Reichsarbeitsministeriums für die Krisenfürsorge ist infolge eines Hörfehlers teilweise unrichtig verbreitet worden. Die Höchstdauer der Unterführung beträgt in Zukunft 32 Wochen. Bei über 40 Jahre alten Personen kann sie auf 45 Wochen verlängert werden.

Nationalsozialistische Anträge.

Die Nationalsozialisten haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, der eine Kürzung der Gehaltsbeläge des Reichspräsidenten, der Reichsminister und der Diäten der Reichstagsabgeordneten um 50 v. H. verlangt. In den hohen Beamtengruppen soll eine stufenweise durchgeführte Verminderung der Bezüge bis zu 15 v. H. und ein völliger Wegfall der Ministerialzulagen stattfinden. Die Gehälter der unteren und mittleren Beamten sind grundsätzlich unangetastet zu lassen. Die Höchstpersoneien sollen 12 000 Mark nicht übersteigen.

Schwere politische Zusammenstöße in Mecklenburg.

In Schwerin kam es in einer nationalsozialistischen Versammlung zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern zu einem schweren Turm, bei dem die Meinungsverschiedenheiten mit Stuhls und Tischbeinen ausgeschlagen wurden. 15 Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt. Auch in Güstrow wurden Ausschreitungen begangen. Dort zogen abends eine Abteilung junger Burschen mit politischen Abzeichen durch die Straßen und zertrümmerte eine Reihe von Schaukästen.

Untersuchung der englischen Luftschiffkatastrophe.

"Daily Herald" zufolge wird der Ausschuß zur Untersuchung der Ursache der Katastrophe des Luftschiffes "R. 101" im Laufe der nächsten Woche seine Sitzungen beginnen. Die Namen der Mitglieder des Ausschusses und der Wortlaut des Berichterstattungsthemas werden demnächst bekanntgegeben werden.

Eine Lage der amerikanischen Wirtschaft.

Präsident Hoover hielt mit dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der New Yorker Börsenbörse, Rich. Whitney und Alan Linday, eine Konferenz ab, auf der die ernste Lage der amerikanischen Wirtschaft besprochen wurde. Diese Zusammenkunft hat in amtlichen Kreisen großes Aufsehen erregt. Es verlautet, daß die beiden Herren den Präsidenten um die Unterredung gebeten hatten.

Kommunistenrallye in Boston.

Eine Anzahl von Kommunisten versuchte in Boston in das Hotel einzudringen, in dem der Amerikanische Gewerkschaftsbund seine Jahresversammlung abhält. Als die Polizei ihnen den Eintritt verweigerte, veranstalteten die Kommunisten vor dem Hotel eine Kundgebung. Die Polizei schritt ein, und es kam zu einem schweren Zusammenstoß, der 20 Minuten dauerte und mit der Verhaftung von fünfzehn Demonstranten endete.

Auch Rumänen muß sparen.

Der rumänische Ministerrat beschloß u. a. gegen die Unhäufung öffentlicher Lämmer in einer Hand einzukreuzen, und zwar sollen sich bis zum 1. November sämtliche Beamten, die bisher zwei oder mehr Lämmer bekleideten, für ein einziges entscheiden. Im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen sollen in Zukunft sämtliche neben dem planmäßigen Gehalt gezahlten Sondervergütungen fortfallen.

Unruhige Krönungsfeiern.

Infolge der Unruhe, die sich bei einzelnen afghanischen Stämmen bemerkbar macht, werden die am Donnerstag in Beschawar beginnenden Feierlichkeiten anlässlich der bevorstehenden Krönung Nadir Khans wahrscheinlich nach Möglichkeit abgekürzt werden.

Sächsisches.

Dresden. Der Vorstand des Sächsischen Schwimmkreises hat sich jetzt veranlaßt gesehen, den von ihm seinerzeit zur Abwendung des Konfliktes beim Landgericht in Dresden eingereichten Vorschlag auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens zurückzuziehen, da infolge der außerordentlich schlechten Lage auf dem Grundstück aus der Besteuerung des Grundstücks von Dr. Brunner, der bekanntlich durch seine großen Unterschlagungen den Schwimmkreis 7 (Sachsen) des Deutschen Schwimmverbandes in die finanzielle Katastrophe getrieben hat, nicht die Durchführung des Vergleichsverfahrens erforderlichen Mittel erbringen würde. Es ist nun mehr der Konkurs eröffnet worden. Am 16. November wird ein nach Dresden einberufener außerordentlicher Kreistag zu der geschaffenen Lage Stellung nehmen, insbesondere dürfte über die Möglichkeiten einer Neugründung eines Sächsischen Schwimmkreises Beschluß gefasst werden.

Meißen. Ein geheimnisvoller Vorgang. Wie die Meißen Polizei mitteilt, ist in der Nacht zum 10. Oktober bemerkt worden, daß durch die Fabrikstraße ein verdächtiges Personenauto gefahren ist, dessen hintere Kennzeichen nicht beachtet waren. Einwohner der Fabrikstraße haben gehört, daß im Auto eine weibliche Person wiederholte Läufe gerusen hat. Der Vorfall ist bis jetzt noch völlig ungelöst.

Leipzig. Ein blutiges Schauspiel spielte sich am Mittwochmittag auf dem Schleißheimer Weg in der Nähe des Germaniabades ab. Der von seiner Frau getrennt lebende 47 Jahre alte Schlosser Franz Götemeyer hatte in der letzten Zeit mehrfach verübt, eine Aussprache mit ihr herbeizuführen. Mit dieser Absicht war er ihr gefolgt. Als es plötzlich vor die Frau hinkratzte, ergriff sie in ihrer Übereilung die Flucht und stürzte zu Boden. Der Mann stach nun mit einem feststehenden Messer blindlings auf die Frau und eine in ihrer Begleitung befindliche Freundin ein. Beide Frauen wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Lebensgefahr besteht nicht. Götemeyer wurde von Passanten festgehalten und der Polizei zugeführt.

Leipzig. Vom Starkstrom verbrannt. Am Dienstagvormittag geriet der 44jährige Maler Christel aus unbekannter Ursache beim Anstreichen eines Mastes der Hochspannungsleitung an der Schönfelder Eisenbahnbrücke in die Drähte. Mit schweren Brandwunden stürzte er aus sechs Meter Höhe ab und wurde mit schweren inneren Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt.

Leipzig. Sechs Kandidaten. Die Stadtverordnetenversammlung vom 22. Oktober wird die Wahl des zweiten Bürgermeisters als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Bürgermeisters Hofmann sowie die Wahl des Stadtschulrats vorzunehmen haben. Für die Besetzung der Stelle des zweiten Bürgermeisters stellt der Wahlauschuss sechs Kandidaten zur engeren Wahl, und zwar: Bürgermeister Dr. jur. et rer. pol. Baumgärtel-Delitzsch, Oberbürgermeister Klimente-Hagen, Oberbürgermeister Klemm-Freital, Bürgermeister Dr. Rothenburg-Gitterau, Beigeordneter Dr. Löser Berlin-Friedenau und Stadtrat a. D. Stahl-Berlin. Sämtliche Bewerber sind mehr oder weniger neben dem Verwaltungsbereich auch literarisch tätig. Ein vom Wahlauschuss weiter vorgesehener Kandidat hat seine Bewerbung zurückgezogen. Überbürgermeister Klemm-Hagen stand bereits bei den leitenden erfolglosen Oberbürgermeisterwahlen zur engeren Wahl. Bei der Besetzung der Stelle eines Stadtrats handelt es sich um die Stelle des Stadtrats Prof. Stahl, der das Schulbezirksteam bekleidet und dessen Wahlzeit am 1. Januar 1931 abläuft. Der Wahlauschuss schlägt Stadtrat Prof. Stahl und den Stadtverordneten Lehrer Lang vor, der der sozialdemokratischen Fraktion des Kollegiums angehört.

Chemnitz. Acht Einbrecher festgenommen. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, eine Reihe von Einbrüchen, die in den letzten Wochen in Chemnitz Beunruhigung hervorriefen, aufzuklären. Gestohlen wurden hauptsächlich Fahrungs- und Benutzmittel. Dagegen konnten im Stadtteil Bernsdorf acht junge Leute im Alter von 17 bis 21 Jahren ermittelt und festgenommen und ihnen bis jetzt neun Einbruchstähle nachgewiesen werden.

Chemnitz. Einbruch ins Gerichtsgebäude. Nachts sind Einbrecher in die Erdgeschosträume der Gerichtsvollzieherei des Amtsgerichts eingedrungen, haben die Befestigungen erbrochen und anscheinend alles nach Geld durchsucht. Gestohlen wurde eine Kassette mit 320 RM Inhalt und ein dunkelgrüner Vorhang. In diesen haben die Täter wahrscheinlich die entwendete Kassette eingeschlagen und fortgeschafft. Die Kassette mit dem Gelde war Privateigentum eines Beamten.

Chemnitz. Bis Oktober vertagt. Wie die Vereinigung der Verbände sächsischer Metallindustrieller mitteilt, sind die Manteltascheverhandlungen in der sächsischen Metallindustrie bis Ende Oktober vertagt worden.

Zwickau. Billige Kohlen für Bedürftige. Das städtische Wohlfahrtsamt wird auch in diesem Winter an Sozial- und Kleintrentner usw. Beihilfen zur Beschaffung von Brennmaterial gewähren. Es sollen 6000 Karren billiger Kohlen abgegeben werden. Die hierfür von der Stadt aufzuhrenden Kosten betragen rund 41 000 RM.

Hohenleuben. Im Anwesen des Tischlers Hermann Rauh brach ein Schadensfeuer aus, durch das das zweistöckige Wohnhaus und ein Seitengebäude in Asche gelegt wurden. Die Bewohner waren schon schlafen gegangen und konnten sich aus dem brennenden Gebäude nur durch die Fenster retten.

Döbeln. Die 60 Meter lange Scheune des Ritterguts Hartmannsgrün bei Döbeln brannte vollständig nieder. Etwa 600 Zentner Roggen, 1000 Zentner Stroh und 1200 Zentner Heu sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte wurden vernichtet. Es wird Brandstiftung vermutet.

Der Sächsische Gewerbeammlertag

Der Sächsische Gewerbeammlertag, der in Dresden tagte, nahm folgende Entschließung an: Die in Reich und Land mehr denn je erörterte Frage der ungefundenen Überfüllung der höheren Schulen, der Hochschulen und der akademischen Berufe sowie der Auswüchse im Berechtigungswesen veranlaßt auch den Sächsischen Gewerbeammlertag zu dem nachdrücklichen Appell an die Berufstände von Handwerk, Hand- und Gewerbe, daß sie sich bei der Auswahl der Berufssängehörigen stärker auf ihre wirtschaftlichen Eigengesetze befinnen und nicht einfach das höhere Schulzeugnis maßgebend sein lassen. Die abgedrosselte Bildung durch die normale Volks- und Berufsschule, die gehobenen Abteilungen der Volkschule, durch die Volksklassen der Berufsschule, durch die Realschule und das sonstige reichsgesiederte sächsische Wirtschaftsschulwesen muß entschieden wieder in erheblicheren Umfang als in den letzten Jahren die richtige Wertung finden. Eine solche Vor- oder jeweils auch Begleitausbildung in der Schule im Verein mit der besonders hoch zu bewertenden praktischen Ausbildung in der Lehre stellt die zweitmäßigste Berufsausbildung für das mittelflächige Gewerbe dar.

Starke Verringerung des Fehlbetrages in Zwickau

In der Stadtverordnetenversammlung wurde die Bürgersteuer mit einer geringen bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. 156 000 RM wurden für Notstandsarbeiten im Wege der Fürsorge bewilligt. Mit diesen Geldern werden 14 440 Tagewerke bereitgestellt. Außerdem wurde mitgeteilt, daß sich nach den jetzt vorliegenden Rechnungsbüchern für den Haushalt 1921 der Fehlbetrag von 612 000 auf 175 000 RM verringert hat.



Der Karl-Marx-Hof eröffnet. In der Wiener Vorstadt Heiligenstadt wurde die größte Bauanlage der Gemeinde Wien eröffnet. Dieser Bau wird 5000 Bewohner in 1400 Wohnungen beherbergen. Seine Front ist genau einen Kilometer lang, die Größe der Gesamtfläche beträgt 156 000 Quadratmeter, davon sind 127 mal 276 Quadratmeter für Spielplätze und Verkehrsräume verwendet worden.

Finanzminister Dr. Hedrich vor dem Landtag.

Finanzminister Dr. Hedrich gab eine längere Erklärung ab, in der er dringend vor Annahme der von den beiden Haushaltungsausschüssen bereits angenommenen Anträge warnte. Die Durchführung der Anträge würde den Haushaltplan in ganz ungewöhnlicher Weise belasten. Bei einem dieser Anträge ließen sich die finanziellen Auswirkungen im gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht schätzen. Soweit aber eine Schätzung möglich sei, würden die Ausgaben, die durch die Anträge des Abg. Arndt und Genossen und die Zusatzanträge des Abgeordneten Renner und Genossen verursacht würden, die Staats der nächsten zehn Jahre mit zusammen über 341 Millionen RM belasten, den Etat des Rechnungsjahrs 1930 allein mit rund 60 Millionen RM. Es sei schon äußerst schwierig, die zu den bekannten, im Juli von Landtag angenommenen Vorlage 2, in der die Regierung um die Ermächtigung gebeten hatte, gewisse Summen zwecks Arbeitsbeschaffung im Vorans zu verausgaben, notwendiger Mittel aufzubringen, so würde die Regierung durch Annahme der vorliegenden Anträge in eine ganz unmögliche Situation verfehlt werden. Es sei zu bedenken, daß sich durch Rückgabe der Steuereinnahmen die Etatlage seit Juli ds. J. verschlechtert habe und noch in gesteigertem Maße zu verschlechtern drohe. Wenn diese Rückgänge bisher auch noch nicht in benötigtem Umfang eingetreten seien, so sei doch zur Zeit noch gar nicht abzusehen, wie man am Ende des Rechnungsjahrs mit den Steuern abschließen werde. Falls die vorliegenden Anträge angenommen würden, bliebe nur der Weg der Aufnahme neuer Schulden übrig. Die zu Durchführung erforderlichen Summen seien jetzt und in absehbarer Zeit auf dem Kapitalmarkt auch gar nicht zu beschaffen. Allein im Oktober, November und Dezember seien 6 Millionen kurzfristige Schulden abzudecken. Im Hinblick auf die Gefahren, die das neue Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung mitbringe, müßten alle Mittel auf Neuhesten zusammengehalten werden.

Die Leipziger Eisenbahnhörage vor dem Landtag

Eine bedeutsame Erklärung des Ministerpräsidenten

Dresden. Zu Beginn der Mittwochssitzung des Landtags wurde anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Dehn der Abgeordnete Breitschneider in den Rechtausschuß und der Abgeordnete Claus in den Zwischenausschuß und den Altestenrat gewählt.

Abgeordneter Breitschneider (Dem.) begründete die Anträge betreffend die Abtrennung des Leipziger Eisenbahnhörages von der Reichsbahndirektion Dresden und Schaffung einer Reichsbahndirektion Leipzig, ebenso begründete Dr. Wallner (Wolfsb.) gleiche Anträge seiner Fraktion.

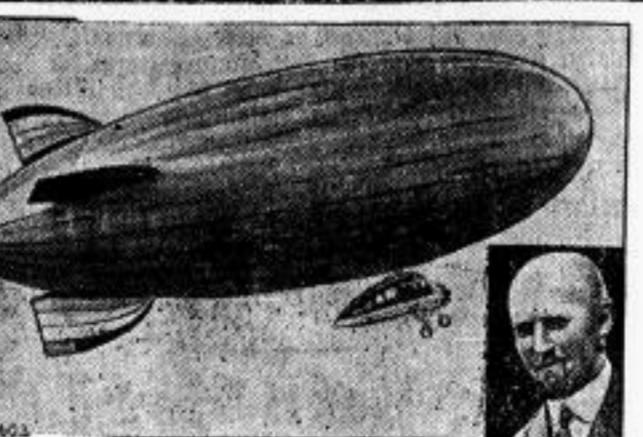
Ministerpräsident Schick gab hierauf eine Erklärung ab, in der u. a. heißt: Es besteht nach den vertraglichen Bestimmungen ein klarer Rechtsanspruch, daß Änderungen des Direktionsbezirks Dresden nur im Einvernehmen mit der Sächsischen Regierung vorgenommen werden dürfen. Zu dem jetzt von der Reichsbahn beanspruchten Abtrennung ist das Einvernehmen der Sächsischen Regierung weder nachgewiesen noch erbracht worden.

Die Sächsische Regierung ist deshalb gezwungen, das Bestehen des ihr zustehenden Rechtsanspruchs durch eine Klage vor dem Reichsbahngericht festzustellen.

Es ist zu hoffen, daß angesichts der seitlich gegebenen vertraglichen Bestimmungen der sächsische Anspruch durchgekehrt werden kann. Sollte die Reichsbahn etwa darauf zukommen bei einer grundsätzlichen Neuordnung ihres gesamten Verwaltungsbereichs neben der Reichsbahndirektion Dresden eine neue Reichsbahndirektion mit dem Sitz in Leipzig zu schaffen, so wäre damit eine neue Lage für die Sächsische Regierung gegeben. Solange aber die Reichsbahn daran festhält, daß der Sitz der um das sächsische Gebiet erweiterten Direktion in Halle bleibt, kann eine Zustimmung zu einer solchen Regelung von der Regierung nicht gegeben werden da sie damit nicht nur die allgemein sächsischen, sondern auch die Leipziger Interessen schwer schädigen würde. Es ist sehr bedauerlich, feststellen zu müssen, daß die Regierung die ihrer vertragsmäßig gegebenen Zugaben sich im klagewege erkläre. Es bleibt aber so, wie die Dinge liegen, nicht anderes übrig, als diesen Weg zu beschreiten und mit allen Nachdruck weiter zu verfolgen.

Die Abgeordneten Günther (Wirtschaft.), Sach (Wirtschaft.), Raden (Din.), Dr. Bünger (DBP), Claus (Dem.) und Blüher (DBP) stellten sich hinter die Erklärung des Ministerpräsidenten, während es Abg. Neu (Soz.) für falsch hielt, daß die Regierung alles auf die Karte eines unsicheren Prozesses vor dem Reichsbahngericht setze. Die Regierung hätte sich schon früher um diese Dinge bemüht müssen.

In der Abstimmung wurde der demokratische Antrag die Regierung zu ersuchen, alles zu tun, um die neue Schädigung des sächsischen Wirtschaftslebens zu verhindern, einstimmig angenommen, während ein sozialdemokratischer Abstimmungsantrag der Ablehnung verfiel, ebenso ein Antrag des Abgeordneten Dr. Wallner die Regierung zu ersuchen, sich bei der Reichsregierung und der Reichsbahnhauptverwaltung für die Schaffung einer Reichsbahndirektion Leipzig einzutragen.



Die erste Luftfahrt der Welt. Die Helium-Luftfahrt über ihrer Halle in Cape May, New Jersey, auf ihrem ersten Probeflug. Das Fahrzeug ist von Kapitän Anton Heinein, einem früheren Zeppelinführer, entworfen. Es ist nicht stark, 104 Fuß lang, trägt vier Passagiere und kann auf ganz kleinen Plätzen landen. Sein Geläufigericht beträgt wenig mehr als 800 Kilogramm.

— Nach weiterer ausgedehnter Aussprache, an der sich Vertreter sämtlicher Parteien beteiligten, trat das Haus in die Beratung eines kommunistischen Antrages ein, die Reichsregierung aufzufordern, sofort alle Zahlungen für den Young-Plan einzustellen. Abg. Sieger (Din.) brachte einen Antrag ein: Der Landtag wolle beschließen, die Sächsische Staatsregierung zu ersuchen, auf die Reichsregierung, dahin einzutreten, daß sie mit allem Nachdruck und beschwichtigung sie bemüht, Verhandlungen zwecks Revision der Traktatverträge einzuleiten. Ministerpräsident Schick erklärte in Beantwortung dieser beiden Anträge, daß man dar auf hinweisen müsse, daß die von uns verlangten Leistungen in Gold fixiert sind, schließlich aber nur mit deutscher Arbeit gezahlt werden, in der Zwischenzeit viel schwerer geworden sind, da seit dem vorigen Jahr der Wert des Goldes eine ungeahnte Steigerung erfahren hat. Ein Eingehen auf den kommunistischen Antrag würde den Beginn einer Katastrophenpolitik bedeuten, andererseits wäre er gern bereit sich im Sinne der übrigen Anträge nachdrücklich bei der Reichsregierung dafür einzutragen, daß sie um die Lebensinteressen des deutschen Volkes willen so weit wie möglich zur Nachprüfung dessen, was uns im Haag auferlegt worden ist die nötigen Schritte unternimmt.

Durch eine Aufsatzmehrheit wurde dann ein Antrag des Abg. Edele (Soz.) angenommen, die Abstimmung über die Anträge erst am Donnerstag vorzunehmen. Die Annahme des Antrages kam dem Haus ganz überraschend, nachdem während der Sitzung ein Antrag des Altestenrats angenommen worden war, mit der Mittwochssitzung den Sommerabgangsabschnitt des Landtags als beendet zu betrachten. — Nächste Sitzung Donnerstagnachmittag 1 Uhr.

Aus der Dresdner Bezirksausschusssitzung

Der Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Dresden hielt im Rathaus in Eisenberg-Moritzburg eine Sitzung ab. U. a. wurden Besuche beraten, die eine Rendierung bezw. Aushebung der Richtlinien bezwecken, in denen der Anteil der Miete in den Richtlinien der gehobenen Fürsorge festgelegt ist. Die Linke beantragte, den jetzt geltenden Anteil der Miete um 25 Prozent herabzusetzen oder zum mindesten die bisherige Praxis beizubehalten und Richtlinie nach dem allgemeinen Kosten und nach denen von Ernährung und Miete nicht zu spezialisieren. Nachdem Amtshauptmann Dr. Eenus auf die finanziellen Auswirkungen eines solchen Antrages hingewiesen hatte, wurde der Antrag einer Kommission, der bisher bestehende Ungerechtigkeiten beizufügen, angenommen. Danach soll auch in Zukunft nach den bisherigen Richtlinien verfahren werden. — Ferner wurde einem Vorschlag zugestimmt, ein Gutachten des Verbandes der Bezirksverbände darüber einzuhören, wie hoch die Aufwertungsansprüche der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden gegen eine Reihe von Gemeinden der Amtshauptmannschaft Dresden sich belaufen. — Regierungsrat Friedrich wies darauf hin, daß zahlreiche Gemeinden und gemeindliche Kreditauschüsse die Bestimmungen, die vom Kreisverband bezüglich der Kreditgewährung erlassen worden sind, in unverantwortlicher Weise außer Acht gelassen würden. Die Amtshauptmannschaft hat daraufhin die Verfügung erlassen, in der darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Amtshauptmannschaft künftig gegen die verantwortlichen Personen im Dienststrafwege vergehen und sie auch zivilrechtlich haftbar machen werde. — Schließlich wurde ein Gefuch der Gemeinde Pegau-Augustusburg auf Übernahme einer Bürgschaft von 375 000 RM für die Landparzellierungs-A.G. zur Durchführung des Straßenausbaus abgelehnt.

Aus dem Chemnitzer Bezirksausschusssitzung

In der Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Chemnitz erklärte der Vorsitzende, Amtshauptmann Jungnickel, daß man von der vom 1. Oktober ab durchgeführten Biersteuer eine Besserung der Finanzlage erhoffe. Der bisherige jährliche Ertrag der Biersteuer habe sich auf 220 000 RM belaufen. Falls der Verbrauch nicht zurückgehe, erwarte man zukünftig eine Einnahme von 349 000 RM. Zur Aufnahme eines Darlehns in Höhe von 250 000 RM führt der Vorsitzende aus, daß die im Haushaltplan in Bezug auf Krisen- und Notstandsunterstützungen aufgestellte Berechnung durch die Wirtschaftslage umgestoßen worden sei. Für die Krisenunterstützung seien 30 000 RM eingesetzt worden, während man mit 140 000 RM rechne. Für die Notstandsunterstützung sei ein Darlehen von 100 000 RM aufgenommen worden; es seien aber bis Ende September bereits 200 000 RM ausgegeben worden, da der Chemnitzer Bezirk von der Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen sei. Am 30. September habe man 42 000 Erwerbslose gezählt. Das Darlehen sollte kurzfristig aufgenommen werden und in diesem Jahre durch eine Umlage um 50 000 RM erhöht und um die restlichen 200 000 RM im nächsten Jahre erhöht werden. Die Darlehnsaufnahme wurde vom Bezirksausschuss befürwortet; die endgültige Entscheidung liegt beim Bezirksstag. Dem Vorschlag des Finanzausschusses, die Versorgungsstätte im Kinderheim Rabenstein herabzusetzen, wurde gleichfalls zugestimmt.



Botschafter von Schubert in Rom. Der neue deutsche Botschafter in Rom, von Schubert, und seine Gattin nach dem Antrittsbesuch beim italienischen König.

in der sich
Haus in
Reichs
für den
brachte
die Sächs
regierung
beschleu
der Trä
eck er
man dar
leistungen
deutschen
verer ge
es Golde
gehen au
ter Kato
nen bereit
bei der
Bebenst
möglich zu
orden ist

trag des
über die
Innahm
nachdem
genom
mmerita
chiten.

st Dres
ung eine
Aende
in denen
en Fü
gelt
der zum
richtfähr
Aufführung
ptmann
solchen
r Kom
seitigen
den bis
wurde
Verbandes
die Auf
neinden
nschaft
dieses dar
Kredit
züglich
ntworts
haupta
in der
tmann
Dienst
machten
Elegau
375 000
ung des

haupta
haupta
aber ab
nge er
sich
icht zu
149 000
250 000
tsplan
aufge
loffen
0 RM
redne.
00 000
septem
Chem
betrof
ssloje
werden
M er
Jahre
ezirk
et beim
e Ver
sehen,

seine
s

Milch-, Butter- und Käseprüfung der sächsischen Landwirtschaftskammer

Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß voraussichtlich Ende Oktober zum ersten Male eine Milch-, Butter- und Käseprüfung stattfindet. Mit dieser Prüfung ist beabsichtigt, die Qualität der genannten Erzeugnisse im höchstmöglichen Umfang zu steigern und die Verbraucherschaft auf diese Weise zum Kauf von nur deutscher Milch und deutschen Milcherzeugnissen anzuhalten. — Zur Förderung ihres Absatzes erhalten die kontrollierten Molkereien eine von der Landwirtschaftskammer entworfene Ettelte bezw. ein entsprechendes Firmenschild, auf dem verzeichnet ist, daß die betreffende Molkerei der amtlichen Kontrolle der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen untersteht. Ausführliche Bedingungen für den Preiswettbewerb können von der Landwirtschaftskammer, Dresden-V. Sidonienstraße 14, bezogen werden.

Allerlei Neuigkeiten

Frauenmord in Altona. Am Abhang des Elbestrandes wurde bei Altona die Leiche einer Frau gefunden, die zwei Kopfverletzungen, anscheinend Schlagwunden, aufwies. Um den Hals der Toten war ein Tuch gewickelt, das durch einen Knoten gehalten wurde. Die Todesursache konnte noch nicht festgestellt werden. Etwa 20 Meter vom Fundort der Leiche entfernt lag ein Hut, Schirm und Handtasche der Ermordeten, so daß man annimmt, daß es dort zu einem Kampf zwischen dem noch unbekannten Täter und der Ermordeten gekommen ist. Wie sich alsbald herausstellte, handelt es sich um die am 7. Juli 1878 in Altona geborene pensionierte Postbeamte Helene Kruse aus Altona, die ihre Wohnung nachmittags gegen 4 Uhr verlassen hatte, um einen Spaziergang am Elbstrand zu unternehmen. Die Frage, ob ein Raubmord vorliegt, ist noch nicht geklärt.

Großfeuer durch Brandstiftung im Dorfe. Das Dorf Schwichtenberg bei Friedland (Mecklenburg) wurde in der Nacht wieder von einem Großfeuer heimgesucht, welches acht Gebäude zum größten Teil zum Opfer stießen. Insgesamt wurden 26 Wirtschaftsgebäude und zwei Wohnhäuser eingedöst. Am meisten wurde der Landwirt Hermann Schünemann, in dessen Scheune das Feuer ausgebrochen ist, geschädigt. Ihm ist der ganze Viehbestand verbrannt. Zehn großen Futtervorräte sind schwangrweise 1000 Huber ungedroschenes Getreide mitverbrannt. Da auch jetzt wieder vorläufige Brandstiftung in Frage kommt, sind Beamte der Landeskriminalpolizei an der Brandstelle zur Feststellung der Entstehungsursache eingetroffen.

Bad Liebenwerda. Ein Wagen fuhr durch die Schranken. Der Lieferwagen der hiesigen Niederlage der Felsenkellerbrauerei fuhr Dienstag früh bei Liebenwerda durch die geschlossene Schranke der Einie Falkenberg-Kohlfurt. Der Wagenführer konnte das Auto, das durch das starke Gefälle der Straße eine große Geschwindigkeit erreicht hatte, nicht rechtzeitig bremsen. Der Wagen stieß durch beide Schranken, blieb aber fast unverletzt. Eine vorübergehende Kontoristin wurde von den auseinanderliegenden Schrankentüren getroffen und schwer verletzt. Mit Knochenbrüchen und Fleischwunden wurde sie ins Krankenhaus geschafft.

Burg. In einer schweren Blutlust arbeitete ein Streit zwischen dem Sozialrentner Karl Voigt und dem Gerber Schreiber aus. Beide wohnten in einem Hause und waren seit langem verfeindet. Als sich die beiden begegneten, gingen sie wieder in Streit, der bald in eine Schlägerei überging. Voigt verletzte dabei dem Schreiber mehrere Messerstiche, die den Tod des Getroffenen infolge Verblutens herbeiführten. Frau Schreiber, die ihren Mann verteidigen wollte, verletzte Voigt so schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Eisleben. Der Kreisverein der Deutschnationalen Volkspartei im Mansfelder Seetriez und der Stadt Eisleben nahm zwei Entschließungen an, in denen gebeten wird, auf die katastrophale Notlage der Stadt Eisleben hinzuweisen und die Regierung um durchgreifende Hilfsmöglichkeiten ersucht. Unter Bezug auf die drohende Entziehung der staatlichen Unterstützung für die Mansfeld A.-G. wird Reichs- und Landtag ersucht, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um eine Stilllegung der Betriebe der Mansfeld A.-G. mit den 1. Januar 1931 zu verhindern.

Halle. Unterschlagungen bei der Bäckerinnung. Nach Unterschlagung von etwa 10 000 RM Innungsgeldern ist der Rendant der hiesigen Bäckerinnung Hesse gestürzt.

Calbe (Saale). Schlechte Zwiebelpreise. Bei den letzten Zwiebelversteigerungen in der Gemüseversteigerungshalle gelangten 2550 Rentner zur Versteigerung. Von einem Rentner wurden 1,47 bis 1,61 RM gezahlt. Die Preise versteckten sich für unsortierte Ware mit Saat.

Naumburg. Die Weinlese an der Saale und der Unstrut hat in diesem Jahre ein gutes Ergebnis gebracht. Weniger Ertrag nicht als Wünsche restlos erschöpft hat, so war doch ein reicher Behang festzustellen. Trauben mit einem Gewicht von über einem Pfund waren keine Seltenheit. Besonders gut geriet der blaue Portugieser in den staatlichen Weinbergen bei Trenburg und Goseck.

Dessau. Ein Trupp Nationalsozialisten zog in spätabendstunde singend durch die Leipziger Straße. Plötzlich eröffneten aus einem kommunistischen Lokal Kommunisten ein Bombardement mit Bierflaschen auf die Nationalsozialisten, stürzten sich auf sie und bearbeiteten sie mit allen möglichen Instrumenten. Vier Nationalsozialisten wurden mit erheblichen Verletzungen in das Krankenhaus eingeliefert. Zwei Nationalsozialisten wurden leichter verletzt. Der Hauptübler der Kommunisten wurde verhaftet.

Wunstorf (Nr. Salzwedel). Wie uns von der Magdeburger Polizei zu dem Mord an der hausangestellten Erni Strube mitgeteilt wird, scheint sich der Verdacht, daß Hartmann doch der Mörder sei, zu bestätigen. Bei einer nochmaligen genauen Untersuchung der Leiche der ermordeten machte man nämlich die Entdeckung, daß die Totin ihrer rechten Hand ein Büschel Haare hatte. Die Untersuchung der Haare ergab, daß sie mit denen des Otto Hartmann, der sich erschossen hat, übereinstimmen. Otto Hartmann hatte mit der Ermordeten seit längerer Zeit ein untrügliches Verhältnis, das nicht ohne Folgen geblieben war. Dieses Verhältnis wurde von ihm stets abgestritten, ist aber durch Zeugen jetzt einwandfrei bestätigt worden. Der Umgang der beiden jungen Leute wurde von den Angehörigen des Hartmann nicht genehmigt. Bei diesem Sachverhalte steht wohl außer Zweifel, daß Otto Hartmann der Mörder gewesen ist.

Die Belebungsoffiziere vor dem Anhaltischen Landtag

Dessau. Am Mittwoch behandelt der Anhaltische Landtag die von den bürgerlichen Parteien eingebrachten Anträge die Hausbesitzerabgeordneten Günther und Marzai vor ein Staatsgericht zu stellen. Es handelt sich hierbei um die bekannten Vorgänge bei der Verpachtung der Anhaltischen Salzwerke an die Preuhag. Beide Abgeordnete hatten vor der entscheidenden Abstimmung im Landtag von Berlin beide Gelder erhalten, die der eine als Propagandageiste und der andere als Entschädigung für den Ausfall eines Zeitvertrages ansehen. Die Sitzung, die unter großem Andrang des Publikums stattfand, nahm von Anfang bis zu Ende einen sehr stürmischen Verlauf. Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Eisenberg führte aus den Akten der Staatsanwaltschaft an, daß sich die beiden Abgeordneten bereits im März 1929 schriftlich verpflichtet hätten, für den Preuhagvertrag zu stimmen, was sie aber fünf Monate nachher im Landtag ableugneten. Staatsminister Dr. Weber erklärte, daß das Staatsministerium beide Abgeordnete für hinreichend der Belebung verdächtig halte. Das Staatsministerium schlug vor, den zu bildenden Staatsgerichtshof ausschließlich mit Nicht-Anhaltinern zu besetzen. — Nach mehr als achtstündigem Sitzung wurde beschlossen, daß der Staatsregierung sofort ein Gesetz über die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes vorlegt und einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzt. Die Beschlusssitzung, die beide Abgeordneten vor das Staatsgericht zu stellen, mußte auf formalen Gründen vertagt werden, da dieser Antrag erst nach drei Tagen verabschiedet werden kann; mit seiner Annahme ist zu rechnen.

Aus dem Gerichtssaal

Vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Chemnitz begann ein großer Beleidigungsprozeß gegen den 52 Jahre alten Kaufmann Arwed Kreßle und die 42jährige kaufmännische Angestellte Maria Knöpfel, beide aus Berlin. Kreßle befindet sich in Chemnitz in Unterbringungshaft. Er wird beschuldigt, durch den Verkauf wertloser Altien der Firmen "Wojsawa" und "Informator" rund 285 000 RM erlöschwindelt zu haben. Die geschädigten Altienhäuser sind fast durchweg in Chemnitz und Umgebung wohnhaft. Ferner soll Kreßle bei der Umwandlung einer Chemnitzer Firma in eine Aktiengesellschaft 50 000 RM in die Hand bekommen und für sich verwendet haben. Die Knöpfel soll als Mitglied des Aufsichtsrats einer Aktiengesellschaft deren Vermögensstand unwohl dargestellt haben. Da etwa 75 Zeugen vernommen werden müssen, dürfte die Verhandlung zehn bis zwölf Tage in Anspruch nehmen.

Das Erweiterter Schöffengericht Magdeburg verhandelte gegen den Dekorateur Albat, den Gärtner Kau und den Maurer Hauser. Die drei hatten am 12. August den Geldbrieftäger Köhler in einem Hause des Krummen Ulenbogen überfallen und beraubt. Albat und Kau wurden damals ergreift, während der Hauptübler Hauser entweichen konnte. Erst nach einigen Wochen konnte er in Müritz verhaftet werden. Das Gericht sah wegen der bisherigen Unbescholtenseit der drei Täter von einer Zuchthausstrafe ab, ging aber über das übliche Strafmaß hinaus und verurteilte Albat und Hauser zu je drei Jahren Gefängnis und Kau zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Zum Beleidigungsprozeß gegen den Betriebsanwalt Gustav Winter vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Leipzig als Berufungsinstanz, der am Sonnabend vertragt wurde, wurde am Mittwoch das Urteil gefällt. Der Spruch des Gemeinsamen Schöffengerichts in Leipzig, der Winter zu 3000 RM Geldstrafe verurteilt, wird aufgehoben und Winter freigesprochen. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt. In der Begründung heißt es, in der Rotz, die Winter in der Zeitschrift "Wahrheit und Recht" gebracht habe und in der er nach Erwähnung des Ministers Dr. von Hummel von "Volksrechtsschulen" spreche, sei keine Beleidigung in diesem Falle zu erblicken, da er nicht Dr. von Hummel, sondern sämtliche Inflationsgewinner und Aufwandler gemeint habe.

Das Bauherrn Amtsgericht verhandelte gegen den 32jährigen in Döberschau seit Anfang 1929 als Bürgermeister amtierenden Schlosser Bruno Helas wegen Amtsunterschlagung. Helas, der der Kommunistischen Partei angehört, wurde beschuldigt, eine von einem Döberschauer Einwohner gespendete und auf dem Gemeindeamt abgelieferte goldene Damenarmbanduhr sich widerrechtlich angeeignet zu haben. In der Verhandlung bestritt Helas, die Uhr an sich genommen zu haben. Er habe sich vielmehr seinerzeit der angleichlichen Verlierer gemeldet, dem er die Uhr gegen Quittung abhanden gekommen. Die Zeugenernehmung ergab kein klares Bild, so daß Kreispruch erfolgte. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß Helas vom Verdachte der Unterschlagung nicht völlig gereinigt sei.

Zuchthausantrag in der Bombenkammer

Im Altonaer Bombenlegerprozeß stellte am Mittwoch Oberstaatsanwalt Gollnick folgende Strafanträge gegen die Angeklagten:

heim 10 Jahre Zuchthaus, Bold 6½ Jahre Zuchthaus, Nickels 7 Jahre Zuchthaus, Schmidt 6 Jahre Zuchthaus, Rathjen 2 Jahre Zuchthaus, Rehling 1 Jahr Zuchthaus, Dieborg 1 Jahr Gefängnis, Jahnke 7 Jahre Zuchthaus, Wöhle 5 Jahre einer Monat Zuchthaus, Matthes 3 Monate Gefängnis, Hennings 6 Jahre Zuchthaus, Vieß 8 Jahre, Luhmann 7 Jahre Zuchthaus, Becker 7 Jahre Zuchthaus, Manke 5 Jahre Zuchthaus, Richter 5 Jahre Zuchthaus, Holländer 1 Jahr Zuchthaus, Frau Holländer an Stelle von zwei Wochen Gefängnis 70 Mark Geldstrafe, Goßens 6 Monate Gefängnis, Hamann 3 Monate Gefängnis, von Salomon Freispruch.

Aus dem Szolnoker Giftmordprozeß. Die im Szolnoker Prozeß in Budapest vernommenen weiteren acht Angeklagten Frauen, die der Vergiftung ihres Gatten, Bators oder Kindes beschuldigt werden, leugnen alle die ihnen zur Last gelegte Tat mit Ausnahme einer einzigen, die ohne Umhülfte zugab, mit Hilfe einer Hebamme ihren Gatten und ihre beiden Kinder aus der Welt geschafft zu haben. Sie suchte in ihrer Aussage die Hauptschuld der Hebamme zuzuschreiben, die ihr den Vorschlag zur Vergiftung ihrer Familienangehörigen gemacht habe, den sie nur angenommen habe, um ihr Glück zu mildern.

Bor 50 Jahren Kölner Dom vollendet

Von Dr. Wolfgang Meier

Kein zweites Bauwerk der deutschen Vergangenheit erfreut sich eines so weitbekannten Namens wie der Kölner Dom. In weiten Kreisen des Auslands gilt er schlechthin als das Sinnbild des deutschen Mittelalters. Die Nachricht, daß am 15. Oktober 1930 ein halbes Jahrhundert seit der Vollendung des Domes von Köln vergangen sein wird, dürfte daher überall lebhaftes Interesse finden, vielfach aber auch Erstaunen über die verhältnismäßig kurze Zeitspanne hervorrufen. Diese erklärt sich jedoch aus der Baugeschichte der gotischen Kathedralen am Rhein.

Die Zerstörung des alten, aus der Zeit Karls des Großen stammenden Kölner Domes durch eine Feuersbrunst im Jahre 1248 gab dem Erzbischof Konrad von Hochstaden die Möglichkeit zum sofortigen Beginn des längst geplanten Neubaus. Damals erlebte im benachbarten Frankreich die Kathedral-Gotik ihre Blütezeit, die Ideen des neuen Baustyles verbreiteten sich über das Abendland. Daher lag es nahe, den Domontwurf nach einem französischen Vorbilde — der Kathedrale von Amiens — zu gestalten. Meister Gerhard von Kiel gilt heute als Schöpfer des Planes mit der fünfschiffigen Choranlage und der Doppelturm-Fassade. Berhard's Nachfolger, die Meister Arnold, Johannes und Michael fügten neue Baugedanken im Geiste der aufblühenden deutschen Gotik hinzu. Am 15. August 1248 wurde feierlich der Grundstein gelegt. 1322 konnte der Chor geweiht werden. Kriegsnot, politische Kämpfe, Verbote der Geldsammlungen infolge von Missbraüchen, aber auch Wandel der Kunstrichtung hemmten im 14. und 15. Jahrhundert den Weiterbau. Nur Teile des Langhauses und ein Stück des Südturmes wurden aufgeführt. 1437 versah man den großen Baukörper, das Wahrzeichen Kölns auf allen alten Städtebildern, mit einem Dache. Schließlich kam in der Zeit der Reformation und Renaissance, die andere Aufgaben als die Vollendung der gotischen Kirchendome zu liegen hatte, der Kölner Dombau für Jahrhunderte zum Stillstand, das Bauwerk glich einer mächtigen Ruine. Während der napoleonischen Kriege wurde der unvollendete Kölner Dom sogar als Heumagazin benötigt. Erst die Begeisterung der deutschen Freiheitskriege wandte die Aufmerksamkeit wieder dem Kölner Dom zu, der von den Romantikern als Verkörperung altdäischer Baukunst gepriesen wurde. Auch Goethe selbst sprach sich für die Erhaltung und den Ausbau des Domes aus. Im Jahre 1814 wurde im Dachspeicher des Gathauses "Zur Traube" in Darmstadt ein Teil des Originalstiftes entdeckt, 1816 der fehlende Rest in Paris. Im selben Jahre untersuchte der große deutsche Baumeister Schinkel den Dom als Gutachter. Über erst nach der Gründung des Domvereins konnte im Jahre 1842 der Grundstein zum Weiterbau in Gegenwart des romantischen Königs Friedrich Wilhelm IV., der das Werk förderte, gelegt werden. Die deutsche Öffentlichkeit nahm damals lebhaft und tatkräftig Anteil an der Fortführung des Dombaus. Dank der unermüdlichen Werbätigkeit von August Reichensperger. Die Bauleiter hielten sich an die mittelalterlichen Bildnisse und bemühten sich, dem Geiste der alten Baumeister gerecht zu werden. Der nachmalige Erbauer des Wiener Rathauses, Friedrich Schmid, wirkte am Dombau mit.

Bereits am 14. August, also am gleichen Tage, wie einst 1248 die Grundsteinlegung, waren die Bauarbeiten beendet, und am 15. Oktober 1880 wurde schließlich mit einer glänzenden Feier in Gegenwart des alten Kaisers Wilhelm I. der Schlussstein auf dem 180 Meter hohen Südturm gelegt.

Anlässlich des Jubiläums der Vollendung des Domes hat der Kölner Zentral-Dombauverein beschlossen, am 15. Oktober ein Dombau-Erinnerungsfest abzuhalten. Die unbedingt notwendigen Sicherungsarbeiten, für die die notwendigen Mittel vorhanden sind, dürfen gegen Anfang 1931 beendet sein, während die vollständige Renovierung der im Laufe der Jahrhunderte verwitterten Steinarchitektur, besonders des Chores, wahrscheinlich erst im Jahre 1936 vollendet sein wird.

Anolpen im Herbst

Nicht im Garten oder im Walde, wo das große Sterben sich langsam vorbereitet, müde Blätter, in leuchtenden Farben schillernd, zur Erde gleiten — sind sie gewachsen, sondern im Garten des Lebens. Die kleinen Menschen, die da jetzt sich zum Gang in die Schule rüsten. Aus dem Märchenland ihrer ersten Kindheit heraus, treten sie in die Wirklichkeit, die nun von Jahr zu Jahr auf den Ernst des Daseins vorbereitet. Die Traumwelt jungenloser, heiterer Stunden fängt langsam an, sich zurückzuziehen; als Führerin schwingt eine andere Herrscherin das Szepter; die Pflicht! Noch steht sie zwar gütig beiseite, läßt den erfrischenden Hauch unberührter Jugend an sich vorüberziehen, Poesie auszutragen, aber Schrift für Schrift zieht sie die Kinderseelen zu sich hinüber in ihr strenges Reich.

Wenn sie sich ziehen lassen, — der Boden ihres inneren Empfindens daheim schon empfänglich gemacht worden ist. Gerade die erste Schulzeit ist ein Brüllstein für die Erziehung der Mutter; hier liegt sie, unbewußt, ein Gramen ab.

Der Lehrer, der die großen fragenden Augen der kleinen Schular auf sich gerichtet sieht, geht mit Freude an seine Arbeit, die ihrem Geist fördern und ihre Seelen entwickeln soll. Die da fähig machen soll, all das Wissenswerte aufzunehmen, was die Zeit einmal von Erwachsenen fordert, was ihm hilft für den Existenzkampf gibt.

Und da wird es der Unterrichtende bald gewahr, welche Mächte das elterliche Haus seines Jünglings beherrschen, ob er dort Unterstützung oder Gegnerhaft zu erwarten hat. „Der Unterricht bei den Kleinsten ist mir stets das liebste gewesen“, sagt ein alter Pädagoge, „denn die sind dankbar und anhänglich, so unendlich dankbar.“ Sobald der Unterrichtende ihr Vertrauen gewonnen hat, hier fehlt absichtlich und unabsichtlich, oft das Verhalten der Mutter, des Vaters ein. Das Wort des Lehrers — für die Eingeschulten ein Evangelium — wird bemängelt und bekritisiert, sein Tun ihrem Beispiel oder ihrer Mäßigung unterstellt. Und die Zweifler an der Kraft des Lehrers bedenken nicht, daß ihr Verhalten den ersten Grund zur Kritik der eigenen Handlungen von Seiten ihres Sprößlings nach sich zieht. Denn sie untergraben ja das, wovon die ganze Jugend durchdrungen sein soll: die Ehrfurcht! Die wirkliche Ehrfurcht, die niemals

aus der Furcht hervorgeht, sondern aus dem Bewußtsein eigener Unzulänglichkeit und der Bewunderung dessen, was hoch über einem steht. Und ein Kind, dem Lehrer und Schule nichts gelten — in den ersten Schuljahren nicht alles gelten —, solch ein Kind sieht auch zu Hause nicht lange zu seinen Erzeugern empor. Mit den kommenden Jahren wächst in ihm langsam das Gefühl der Unbotmäßigkeit und Widerpenstigkeit gegen das vierte Gebot.

Es wird so viel über die Verrohung der Jugend geplagt und so selten nach den Gründen hiervom gesprochen! Der Krieg, der leidige Krieg, muß die Verantwortung dafür tragen, und doch wäre manches Leben in anderen Bahnen verlaufen, wenn die Mütter mehr an sich gearbeitet, den Kindern ein besseres Beispiel gegeben hätten! Wer genau die Gerichtsverhandlungen gegen die Sünden jugendlicher verfolgt, findet daß fast überall den gleichen Sumpfboden, — die mangelnde Kinderstube.

„Die Seele eines Kindes ist heilig, und was vor sie gebracht wird, muß wenigstens den Wert der Reinheit haben“, dieses Wort, welches Herder in der Vorrede zu seinen Palmblättern ausspricht, ist noch heute ein Leitmotiv für die Erziehung.

In dem ersten Schuljahr kann manches gutgemacht werden, was Unbedachtheit, Unwissenheit der Eltern verlässt; die Erziehung des Leibes kann fast beendet sein, das Geistes muß gepflegt werden.

Und der rechte Lehrer wird mit seinem Takt gern auf die Bedürfnisse der Kleinen eingehen, die sie so gern in dem glänzenden Reiche suchen, in jenem Gebiet, das auch der Dichter Heimat ist; der Phantasie.

Die ersten Wochen vergehen so mit dem Einleben in die Schule; nach und nach wird ihnen, was Spiel schien, zum Ernst.

Die Sache des Lehrers ist es, Wissen und Können zu ermitteln, die der Eltern, dafür zu sorgen, daß alle seine Anforderungen strikt zu Hause erfüllt werden. Daß die häuslichen Arbeiten, bald, nachdem der Junge, das Mädchen sich ausgeruht haben, gemacht werden, nicht etwa erst am späten Abend oder am nächsten Morgen, eine halbe Stunde vor dem Schulbeginn. Daß Hefte und Bücher stets sauber und in Ordnung sind, keine Nachlässigkeiten, Flüchtigkeiten sich einschleichen, daß nie ein Kind gleichgültig gegen die Gebote der Schule wird.

„Ein Anfang ist nie Meisterstück, doch guter Anfang, halbes Glück.“ Auch für die Schulzeit.

Die Wedekind-Biographie, Arthur Kutschers läßt soeben den Schlussband seiner großen dreibändigen Frank-Wedekind-Biographie (Leben und Werke) bei Georg Müller in München erscheinen. Der Band enthält die ausführliche Darstellung der Kämpfe Frank Wedekinds mit Presse, Zeitung und Kritik, seines unermüdlichen und sehr harten Rings um Anerkennung und Geltung. Als intimster Freund des Dichters und als sein literarischer Nachlassverwalter ist Kutschers in der Lage, der Offenbarlichkeit über den Fall Frank Wedekind ein Material zu übergeben, das seine Wedekind-Biographie zu einem kulturhistorischen Dokument ersten Ranges macht.

Turnen und Sport

„Erster deutscher Berufssportverein“. Unter Führung des Exmeisters Grimm ist in Berlin ein neuer Berufssport-Verein gegründet worden. Außer Grimm gehören u. a. Urban Graß, Baulke, Scherle, Mehrgen dem „Ersten deutschen Berufssport-Verein“ an. In den Berliner Ge-

maniajälen soll die erste Veranstaltung am 23. Oktober vor sich geben. Angeblich ist Samson Körner als Ringrichter verpflichtet worden.

Boglämpse. In Leipzig endete ein Städtebogen Dresden—Leipzig unentschieden 8:8. Der Hannoveraner Schiller wurde an Stelle des erkrankten Pfähner für einen Kampf mit Harry Stein am 17. Oktober im Berliner Spichernring verpflichtet. — Sciccello schlug in New York in 10 Runden Teddy Sandman sicher nach Punkten.

Die Zweierbob-Meisterschaft. Vom 23. bis 26. Januar 1931 werden in Oberhof die Deutschen Zweierbob-Meisterschaften vom Gau Thüringen des Deutschen Bobleigh-Verbandes ausgetragen, nachdem die Meisterschaft 1930 am 28. Dezember dort nachgeholt werden soll.

17. Oktober

Sonnenaufgang 6.26 Sonnenuntergang 17.05

Mondaufgang 15.47 Monduntergang 15.47

1780: Der französische Sozialist Saint-Simon geb. (gest. 1825). — 1894: Der Komponist Chopin in Paris gest. (geb. 1810). — 1898: Der Komponist Gounod in St. Cloud gest. (geb. 1818).

Wirtschaft

Bisher eine Milliarde Ausfuhrüberschüß

Für die ersten neuen Monate dieses Jahres ergibt sich im reinen Warenverkehr bei einer Einfahrt von 8,1 und einer Ausfuhr von 9,1 Milliarden Rm. (einschl. der 0,5 Milliarden Rm. betragenden Reparations-Schätzungen) ein Ausfuhrüberschüß von 1 Milliarde Rm. (Der tatsächliche Ausfuhrüberschüß ist noch etwas höher, da in den Einfahrsjahren ein Teil der Lagerabrechnungen für das Jahr 1929 enthalten ist.) Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs, für den die Handelsbilanz mit einem Einfuhrüberschüß von 140 Mill. Rm. abgeschlossen hatte, ist der Wert der Einfahrt um 2 Milliarden, der Wert der Ausfuhr um 890 Rm. zurückgegangen.

Der Wertübergang sowohl der Einfahrt als auch der Ausfuhr beruht zu mehr als der Hälfte des Betrages auf dem Rückgang der Preise; bei der Einfahrt ist der Wertübergang zu 57 v. H. bei der Ausfuhr zu 62 v. H. durch die Preisgestaltung bedingt, was ein Vergleich der Wertergebnisse für 1930, und zwar einmal der tatsächlichen Werte, ferner der auf der Grundlage der Vorjahreswerte errechneten Werte mit den Wertergebnissen für 1929 ergibt.

Der Außenhandel im September schließt im reinen Warenverkehr mit einem Ausfuhrüberschüß von 264,8 gegen 175 Millionen Reichsmark im August ab.

Berliner Eisenbörse

Der Börsentraffic ähnelt stark dem des gestrigen Tages. Die Eröffnung war nicht einheitlich, und später ergaben sich Kursbesserungen. Es lagen einige Räufe vor, daß die Aufträge restlos aus Kaufsträgern bestanden hätten, wäre zu viel behauptet, die auf leere Märkte stießen. Das Geldholt war weniger zeitweise erheblich lebhafter als an den letzten Tagen. Es ergaben sich im Verlauf einige Schwankungen. Die höchsten Tagesturse konnten nicht behauptet werden. Salzbefurth hatte die stärkste Erholung aufzuweisen mit 267 (plus 8%). Siemens stieg auf 174%. Unter den Börsen lagen vor allem Verkehrswesen sehr fest.

Am Goldmarkt nannte man Tagesgeld zunächst mit 5—7% und später mit 4,5%. Monatsgeld 6—7%, bankgarantierte Warenwechsel etwa 5,5%.

Am Privatdistonmarkt hat das Angebot wesentlich nachgelassen. Notierungen unverändert 5%.

Am Devisenmarkt wurde der Dollar mit 4,2025 und das englische Pfund mit 20,415 gehandelt.

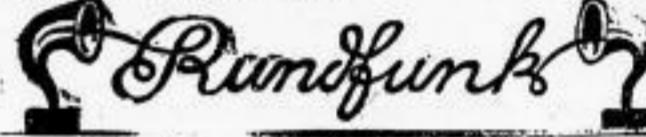
Berliner Produktionsbörse

Noch wie vor ist das Angebot aus den Provinzen sehr mäßig. Nach neuem Beginn war das Ausland bestellt. Die bezahlten Roggenturze am Berliner Markt lagen im Vergleich zu den in der Provinz angelegten niedriger. Immer noch spiegelte sich darin wieder Lagerübersättigung. Weizenmehlverkauf schleift, Roggenmehlabbau befriedigend.

Weizen ab märt. Stat.	224—226	Weizenfl.-Weizje	—
Roggeng. do.	140—141	Raps	—
Braunerste do.	185—211	Leinboh	—
Gutter. u. Indus.	—	Vitriolsoßsen	29,00—33,00
Gespe. do.	166—180	R. Speiseroben	—
Hofser. do.	142—155	Buttererben	19,00—21,00
Mais. loto Berlin	—	Beizsamen	19,00—20,50
Waggr. Hdg.	—	Wiederbohnen	17,00—18,00
Weizenm. p. 100	—	Widen	18,50—20,50
Riso fr. Bln. br.	—	Lupinen, blaue	—
infl. Sac (heimst)	—	Lupinen, gelbe	—
Wortz. ab. Rot.	27,00—30,00	Sertobella, neu	—
Roggeneis p. 100	—	Kopfsuchen, 38%	9,30—9,80
Kilo fr. Bln. br.	—	Leinuchen, 37%	15,50—16,50
Witzenfle. fr. Bln.	7,50—8,00	Trockenschädl.	5,50—6,00
Witzenfle. fr. Bln.	7,25—7,75	Sopatsrot, 45%	12,50—13,40
Roggeneis	—	Kartoffellocken	—

Mogdeburger Baumwolltuerei. Eröffnung vom 15. Oktober. Gewicht. Melis bei prompter Lieferung innerhalb zehn Tagen 25, bei Lieferung Oktober—Dezember 24,75 u. 24,87 u. 25. Tendenz ruhig. — Rohzucker: Tendenz ruhig.

Bremer Baumwolltuerei. Eröffnung vom 15. Oktober. Dezember 10,91 B. 10,90 G. Januar 11,03 B. 11,02 G. März 11,28 B. 11,25 G. Mai 11,52 B. 11,50 G. Juli 11,72 B. 11,71 G. Loto: 11,52. Tendenz: Bestätigt.



Rundfunkprogramm für Freitag, den 17. Oktober:

Leipzig—Dresden:

10,30 Schulfunk; 12,00 Schallplattenkonzert; 14,00 Buchbesprechung; 14,30 Studie der Mitteldeutschen Gender; 15,15 Dietrich der Landstreiter; 16,00 Thalia-Ensemble Braunschweig: „Die Erneuerung Chinas“; 16,30 Orchesterkonzert; 18,05 Everett; 18,25 English; 19,00 Dr. Karl Wolff-Dresden: „Buddha und der Buddhismus von heute“; 19,25 Tagessymposien der Wirtschaft; 19,40 Ulrich Waller spielt Gitarre; 20,10 Fröhliche Konzert; 21,15 Das Lächeln des Glücks“ von Josef Conrad; 21,45 Musik von heute; 22,15 Zeitangabe, Wettervorwärtslage, Pressebericht und Sportkunst; anschließend Tanzmusik; 0,30 Nachtkonzert.

Berlin—Stettin—Magdeburg:

6,30 Funk-Gymnastik. — Anschließend: Frühkonzert. — 9,00: Schulfunk; 12,30: Wettermeldungen. — 14,00: Robert Schumann (Schallplatten-Konzert). — 15,20: „Zeitentwicklungen des Kavalierbegriffs“. — 15,40: „Kosmetik in der Orthopädie“. — 16,05: „Die erste Konferenz der Ballastanlagen in Athen“. — 16,30: Bläsendenkmal. Am Abend: Julius Bürger. — 17,30: Verleihung der Theilen der um 17,45 folgenden Diskussion. — 17,35: Schallplatten. — 17,45: Thesen-Diskussion. — 18,20: Musikalische Jugendstunde. — 18,40: Das neue Buch. — 18,50: „Programm der nächsten Woche“. — 19,15: Utopie von gestern, Technik von heute (Jules Verne). — 19,45: Tanz-Abend. Tänze für die ältere Jugend. Kapelle Otto Kermbach. Während einer Pause Tages- und Sportnachrichten. — 21,30: „La Serva Padrona“. Berliner Funk-Orchester. — 22,30: Zeitangabe usw. — Danach: Abendunterhaltung.

Königs Wusterhausen:

0,45: Wetterbericht. — 6,30: Funk-Gymnastik. — 6,55: Wetterbericht. — 7,00: Frühkonzert. — 9,00: Schulfunk. Wilhelm Raabe und Berlin. — 10,00: Schulfunk. Wie eine D-Zug-Locomotive entsteht. — 10,30: Neueste Nachrichten. — 11,30: Lehr- und Bildungsstunden. — 12,30: Bläsendenkmal. — 13,30: Theilen der Theilen der um 17,45 folgenden Diskussion. — 17,35: Schallplatten. — 17,45: Thesen-Diskussion. — 18,20: Musikalische Jugendstunde. — 18,40: Das neue Buch. — 18,50: „Programm der nächsten Woche“. — 19,15: Utopie von gestern, Technik von heute (Jules Verne). — 19,45: Tanz-Abend. Tänze für die ältere Jugend. Kapelle Otto Kermbach. Während einer Pause Tages- und Sportnachrichten. — 21,30: „La Serva Padrona“. Berliner Funk-Orchester. — 22,30: Zeitangabe usw. — Danach: Abendunterhaltung.

Walter nahm die ihm dargebotene weiße Robe und streichete sie vorsichtig.

„Ich werde mir Ihr Angebot überlegen, gnädige Frau. Aber erst dann, wenn es mir gelungen ist, meinen toten Freund zu rächen.“

Herzlich schied er aus huis ter Duin. Mit dem festen Vorhaben fuhr er nach Hause, nicht eher zu ruhen, bis es ihm gelingen würde, das Dunkel des Mordes zu lichten.

19.

Seit diesem Vorfall waren acht Tage verstrichen. Dalberg, wieder im Dienst, lehnte mißmutig an einer Eiche und schaute die Straße entlang. Die kleine Sekretärin hatte ihm einen Brief geschrieben. Nur wenige Worte waren es, die sie ihm zufielen ließ, nämlich, daß der Möder Voof heilte und aus Stochtern komme. Selm Auftraggeber sei ein Elterner. Mehr wußte sie auch nicht. Er möge ihr verzeihen und nicht nach ihr fahnden, da sie sonst flüchten müsse und ihm nicht helfen könne.

Der Brief kam aus Deutschland und trug keinen Absender. Aus dem Aufgabestempel konnte man nichts erkennen, da dieser wohl absichtlich verwischt war.

Wilhelmina Steengracht, oder mit anderem Namen Simons, war bei Nacht und Nebel zu ihrem Vater nach Eltern zurückgekehrt, den sie schon seit Jahren nicht mehr gesehen. Der alte Mann freute sich, sein Kind wieder bei sich zu haben und seinen inständigen Bitten gelang es, die Tochter, von ihrem Vorhaben, sich freiwillig der Polizei stellen zu wollen, abzubringen.

„Hätten wir uns doch seinerzeit nicht mit diesen Schmugglern eingelassen, dann hätte ich heute noch mein eigenes Schiff auf dem Rhein, wie Onkel Wilm aus Rotterdam. Dann lebte auch Mutter noch, die der Gram unter die Erde brachte. So aber müssen wir still sein und gehorchen, sonst geht es uns genau so wie dem Agenten.“

Der alte, gebrochene Mann saß in seinem Lehnsstuhl neben dem Ofen und streichelte sanft das lockige Haupt seiner Tochter, die vor ihm kniete und verhalten in seinen Schoß schluchzte.

„Mein lieber Deern!“ sagte er leise und begütigend, „mein liebes Kind!“

(Fortschreibung folgt.)

Trauerbriefe u. -karten : C. Jephne

GESTALTEN
THEO von BERGE
der GRENZE
EIN SCHMUGGLER-ROMAN

16. Fortsetzung

Der Regierungsrat reichte dem jungen Beamten über den Tisch hinweg die Hand zum Abschied. Dalberg verbeugte sich noch einmal gegen Postdirektor Starkmann und verließ wesentlich erleichtert das Landesfinanzamt.

17.

Wilhelmina Steengracht hatte nach Begegnung des Voof Kellner um ihre vorläufige Abrechnung gebeten und war dann, wie sie dem Portier lagte, ein wenig in die Stadt gegangen. In Wirklichkeit beabsichtigte sie jedoch, nicht mehr zurückzufahren und fuhr nach Rotterdam, da sie dort Verwandte hatte. Ihre Tante nahm die Nichte hocherfreut auf und richtete ihr das nette Mädchenzimmer her, in dem sie als Kind mehrere Jahre glücklich war, jene Zeit, in der der Vater Küchen musste und ihre Mutter aus Gram und Kummer so schnell starb.

Die Erinnerungen umwarben hier das Mädchen und in dieser Nacht schloß es gut und traumlos. Am anderen Morgen schaute es beim Frühstück aus Zufall in die Zeitung, in der unter dem Lososten ein sonderbarer Artikel stand.

Mord im D-Zug!

Bei der Einfahrt in den Bahnhof Jevenaar wurde der D-Zug 62, Amsterdam—Frankfurt, von unbekannten Tätern infolge Durchsuchens der Aufdruckleitung plötzlich zum Halten gezwungen und bei dem allgemeinen Tumult ein Gutsbesitzer aus Doetichem namens van de Loo ermordet. Da der Tote ehemals in diplomatischen Diensten stand, ist anzunehmen, daß der Mord politischen Motiven entsprang. Ermittlungen sind eingeleitet. Als der Beihilfe dringend verächtig wurde ein deutscher Beamter, in dessen Begleitung sich der Gutsbesitzer befand, sofort verhaftet.

Diese Hoffnung hatte Fräulein Mertenz mit den Beamten des Fahndungsdienstes festgelegt und an die Presse weitergegeben. Sie beabsichtigte damit, die Steengracht sicher zu

näheren, um in Ruhe deren jetzigen Aufenthaltsort ausfindig machen zu können.

Das Mädchen glaubte, seinen Augen nicht trauen zu können. Van de Loo, der nette Mensch, tot und Dalberg, der Mann ihrer Liebe, verhaftet wegen Beihilfe zum Mord?

Nein, das konnte — durfte nicht sein. Ein unendlicher Haß gegen Voof, den Verbrecher, erfüllte ihre Seele. Nur kurzzeitig dauerte ihre Überlegung. Dann stand ihr Entschluß fest. Noch einmal wollte sie den Vater wiedersehen — für Stunden nur — dann wollte sie sich der Polizei stellen um des Geliebten willen. Sie mußte nur zu gut, daß sie ihn bei Bekanntwerden ihrer Mittäterschaft nie mehr wiedersehen würde. Aber lieber wollte sie ins Gefängnis wand